

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 1. Dezember 2017

| | |
|-----------------------|--|
| Vorsitz: | Marianne Tribaldos, Einwohnerratspräsidentin |
| Anwesende Mitglieder: | 38 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats |
| Auskunftspersonen: | Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Dr. Daniel Hug, Leiter Stadtverwaltung |
| Protokollführung: | Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber |
| Entschuldigt: | Adriano Picco Erich Renfer |
| Zeit: | 15.30 Uhr bis 17.45 Uhr |
| Ort: | Aula des Schulhauses Lenzhard |

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Einbürgerungen
- 3 Motion der FDP "Gesundung des Finanzhaushaltes der Stadt Lenzburg";
Überweisung der Motion
- 4 Ringstrasse West; Sanierung Abschnitt General Herzog-Strasse bis
Zeughausstrasse; Verpflichtungskredit
- 5 Beschaffung einer elektronischen Geschäftsverwaltungslösung (GEVER)
für die Stadtverwaltung; Kreditabrechnung
- 6 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 21. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Hinter uns liegen aufregende Wochen, denn wir hatten Einwohnerratswahlen und werden einander im Januar in neuer Zusammensetzung wieder treffen. Die Legislaturperiode wird damit heute abgeschlossen. Nach der Sitzung findet die Schlussfeier statt. Es ist eine schöne Sitte, dass man nach Ablauf von zwei Jahren in festlichem Rahmen zusammenkommt. Wir können uns also ohne weiteres jetzt noch ein bisschen streiten, nachher feiern wir zusammen.

Ein letztes Mal werden Sie von mir mit historischen Daten gefüttert. Bei der Durchsicht der Daten vom 30.11. bis 2.12., was Wikipedia ja leichtmacht, stellt man immer wieder fest, wie kriegerisch es auf der Welt immer schon zugeht. Aber es gab auch immer Friedensbemühungen und wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Heute präsentiere ich Ihnen eine bunte Mischung.

1. 1609: Galileo Galilei beobachtet zum ersten Mal den Mond mit seinem Teleskop.

2. 1919: Das erste weibliche Parlamentsmitglied nimmt in England seinen Platz ein.
3. 1925: Unterzeichnung der Verträge von Locarno. Deutschland und die Siegermächte des 1. Weltkriegs wollten die Beziehungen zwischen den Staaten normalisieren. Die hielten nicht lange, wie wir wissen.
4. 1934: Beginn der stalinistischen Säuberungen mit dem Mord an Sergei Mironowitsch Kirow.
5. 1939: Überfall von sowjetischen Truppen auf Finnland und Beginn des Winterkriegs.
6. 1955: Der Busboykott von 382 Tagen in Montgomery, USA, führt zur Aufhebung der Rassentrennung.

So, genug der Vorrede, Zeit mit der Tagesordnung anzufangen:

Ich begrüße Sie nochmals herzlich zur 21. und letzten Sitzung des Einwohner-rats der laufenden Legislatur. Ebenfalls einen herzlichen Gruss und einen Dank für die Arbeit an unser Ratsbüro und besonders an Stefan Wiedemeier, weil er so gut aufpasst, dass alles seine Richtigkeit hat. Auch unseren Ratsweibel, Marcel Wattinger, begrüße ich herzlich und danke ihm für die Arbeit. Ein Gruss auch an die Auskunftspersonen, Stadtschreiber Christoph Hofstetter und Dr. Daniel Hug, Leiter Stadtverwaltung. Und natürlich begrüße ich die Damen und Herren der Presse, Ruth Steiner und Urs Helbling von der Aargauer Zeitung sowie Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Einen weiteren herzlichen Gruss an unsere Gäste auf der Tribüne.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 29. Juni 2017 wurde Ihnen am 3. November 2017 entweder per E-Mail oder zusammen mit den übrigen Einwohnerrats-unterlagen für die heutige Sitzung zugestellt. Das Protokoll unserer Sitzung vom 28. September 2017 ist noch in Bearbeitung.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 28. September 2017 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 6. November 2017 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Am 23. November 2017 hat mir Professor Martin Kilius seine Anfrage betreffend Liegenschaft "Sonnenberg" an der Schlossgasse 50, dem sogenannten Mieg-Haus, zugestellt. Diese Anfrage wird kopiert und Ihnen ausgeteilt.

Lenzburg, den 23. November 2017

Schriftliche Anfrage an den Stadtrat zur Zukunft des Mieg-Hauses

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Gestützt auf Art. 30 Abs. 1 der Gemeindeordnung ersuchen die unterzeichnenden Mitglieder des Einwohnerrates den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen.

- 1. Wie der Presse entnommen werden konnte, beabsichtigt die Peter-Mieg-Stiftung das Anwesen des 1990 verstorbenen Komponisten und Mahlers zu veräussern. Teilt der Stadtrat die Besorgnis über diese Absichten, einerseits im Hinblick auf die Wahrung des Andenkens dieses bedeutenden Lenzburger Künstlers und andererseits angesichts der Bedeutung des Peter-Mieg-Hauses für das lokale Kulturleben und als Baudenkmal?*
- 2. Das Peter-Mieg-Haus befindet sich als kantonales Baudenkmal unter Schutz. Kann der Stadtrat – allenfalls in Absprache mit der kantonalen Denkmalpflege – darüber Auskunft geben, welche Teile des Gebäudes inwieweit geschützt sind? Welche baulichen Veränderungen am Gebäude wären laut den Schutzbestimmungen und unter Berücksichtigung der Bau- und Nutzungsordnung möglich? Wie weit erstreckt sich der Schutz auf den Garten? Wäre allenfalls eine Überbauung desselben möglich? Falls sich der Schutzzumfang als unzureichend erweisen sollte, wäre der Stadtrat bereit, den bestehenden kantonalen Schutz durch kommunale Schutzauflagen zu erweitern?*
- 3. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass das Andenken an Peter Mieg und sein Schaffen am wirkungsvollsten durch die Erhaltung und öffentliche Zugänglichmachung seiner ehemaligen Wohn- und Schaffensräume im Erdgeschoss einschliesslich des vorbildlichen Archivs seiner Werke im Nebengebäude und des Parks sichergestellt werden kann? Ist der Stadtrat*

- bereit, diese Beurteilung allenfalls gegenüber dem Stiftungsrat und der Stiftungsaufsicht mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten?*
- 4. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um über eine sanfte Renovation und Vermietung des oberen Stockwerks sowie allenfalls von Nebenräumen Mieteinnahmen zu erzielen, die zu einer langfristigen Erhaltung dieser Stätte des Andenkens an Peter Mieg beitragen?*
 - 5. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, über die öffentliche Nutzung von Haus und/oder Garten – auch für Empfänge (Hochzeiten) und andere Anlässe – weitere Einnahmen zu diesem Zweck zu generieren?*
 - 6. Ist der Stadtrat bereit, mit dem Stiftungsrat und allenfalls der Stiftungsaufsicht entsprechende Lösungen zu suchen und Vereinbarungen abzuschliessen?*
 - 7. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, angesichts des evidenten Interesses der Öffentlichkeit – manifestiert durch einen Grossaufmarsch am letzten Tag der öffentlichen Zugänglichkeit – die Erhaltung des Anwesens durch Darlehen oder Beiträge an die Stiftung zu unterstützen? Ist der Stadtrat bereit, mit den zuständigen kantonalen Stellen nach solchen Lösungen zu suchen und sich daran zu beteiligen?*
 - 8. Welche öffentlichen Nutzungen liessen sich allenfalls mit dem benachbarten Schloss realisieren? Welche Synergieeffekte wären denkbar und realisierbar?*

Begründung

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Peter-Mieg-Stiftung, das Anwesen für einen Preis von 2.5 Millionen zu veräussern. Vorausgesetzt, dass dieser Preis erzielt werden kann, beabsichtigt sie offenbar, die freiwerdenden Mittel wie bisher hauptsächlich für die Finanzierung von Konzerten mit Werken von Peter Mieg einzusetzen. Es darf angesichts dieser Perspektive davon ausgegangen werden, dass die Stiftung alle ihre Mittel in wenigen Jahren aufgebraucht haben wird. Eine nachhaltige Erhaltung des Stiftungszwecks – nämlich der Förderung des Andenkens an Peter Mieg und sein Werk – wird auf diese Weise nicht erreicht. Angesichts dieser Perspektive wäre es zweifellos wirksamer, das Anwesen mit den Wohn- und Arbeitsräumen von Peter Mieg der Öffentlichkeit zu erhalten. Das Verbringen seiner Gemälde und seines vorbildlichen Archivs an andere Orte ist demgegenüber geradezu ein Unglück.

Dazu bestehen ernsthafte Sorgen über die Zukunft dieses Baudenkmals aus dem 18. Jahrhundert. Obwohl unter kantonalem Schutz stehend, zeigt die Erfahrung, dass die sich daraus ergebenden Beschränkungen bedauerliche Umgestaltungen, ja eigentliche Verfremdungen des Bauwerks oft nicht zu verhindern vermögen. Umgekehrt ist das Gebäude an sich in einem ordentlichen Zustand und könnte im Falle einer sanften Renovation vermutlich mit beschränkten Mitteln erfolgsversprechend vermietet werden, was der Stiftung

ermöglicht würde, das kleine Museum im Erdgeschoss zu erhalten. Allenfalls wären auch öffentliche Nutzungen mutmasslich geeignet, weitere Einnahmen zu generieren, was die Stiftung bisher anscheinend nicht ins Auge gefasst hat. Schliesslich stellt sich die Frage, ob angesichts des klar gegebenen öffentlichen Interesses der Stadtrat nicht Möglichkeiten erkennen könnte, um der Stiftung das Überleben am jetzigen Standort mit Beiträgen aus öffentlichen Geldern zu erleichtern, dies selbstredend unter Einräumung entsprechender Mitbestimmungsmöglichkeiten für das Gemeinwesen.

Wir danken im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen. Allenfalls wäre auch ein runder Tisch aller Beteiligten und Interessierten zielführend.

Martin Killias (SP)

Mitunterzeichnende: Ingo Boltshauser Bolliger, Martin Geissmann, Michael Häusermann, Beat Hiller, Remo Keller, François Kuhlen, Franck Robin, Thomas Schär, Beatrice Taubert, Chantal Toker-Bieri, Anja Vögeli Knapp

Wir haben eine weitere Anfrage der GLP zur Lichtverschmutzung, die Ihnen ausgeteilt wurde.

Grünliberale Partei Stadt Lenzburg



Anfrage zur Lichtverschmutzung

Thema Lichtverschmutzung / Bauvorschriften

Antragsteller Adrian Höhn

Partei GLP

Datum 1.12.2017

Lichtverschmutzung

Als Lichtverschmutzung bezeichnet man die künstliche Aufhellung des Nachthimmels und die störende Auswirkung von Licht auf Mensch und Natur. So beschreibt der Regierungsrat auf der Homepage das Thema wie folgt: "Die künstliche Aufhellung der Nacht vermittelt Sicherheit und Wohlstand. Das Gefühl von Sicherheit ist aber subjektiv. Wird Licht falsch eingesetzt, kann die Sicherheit z.B. durch Blendung sogar herabgesetzt werden. Licht brennt oft auch ohne Nutzen, einfach himmelwärts, zu intensiv oder zu Zeiten und an Orten, in denen es keinen Zweck erfüllt. Dadurch entstehen unnötige Lichtemissionen, die zu einer künstlichen Aufhellung des Nachthimmels führen, mit lästigen bis schädlichen Auswirkungen für den Menschen und seine Umwelt. Diese Lichtverschmutzung hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Über Europa wird der Nachthimmel Jahr für Jahr um 10 Prozent heller. Die Beobachtung des natürlichen Sternenhimmels ist nur noch an sehr abgelegenen Orten möglich."

Das kantonale Recht regelt im Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer (EG Umweltrecht, EG UWR) in § 27, dass Beleuchtungsanlagen, die Aussenbereiche erhellen oder Kulturgüter beleuchten, so einzurichten sind, dass sie ausserhalb ihres Bestimmungsbereichs keine störenden Immissionen verursachen. Weiter wird geregelt, dass die dauerhafte Installation und himmelwärts gerichtete Lichtquellen verboten sind. Seit 2013 ist eine SIA-Norm in Kraft, welche Meilensteine setzen konnte und auf die sich mittlerweile mehrere Gerichtsurteile stützen.

Fragen an den Stadtrat

Wird in Baugesuchen die Frage der Lichtemission geprüft?

Wird die Einhaltung der SIA-Norm 491:2013 in den Baugesuchen als verbindlich erklärt?

Falls die SIA-Norm 491:2013 nicht bereits in Baugesuchen als verbindlich erklärt wird, wie stellt die Stadt Lenzburg sicher, dass 781.200 EG UWR § 27 i eingehalten wird?

1 781.200 - Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässern <https://gesetzsammlungen.ag.ch/frontend/versions/2293>

4. Entschuldigungen

Adriano Picco musste sich leider aus beruflichen Gründen für die Sitzung abmelden. **Erich Renfer** weilt in den Ferien.

5. Verabschiedungen

Wie immer, wenn eine Amtsperiode zu Ende geht, gilt es, verdiente Ratsmitglieder zu verabschieden:

Martin Bolliger: Er hat sich entschieden, nicht mehr zu den Neuwahlen anzutreten. Er gehörte dem Einwohnerrat seit dem 1. Januar 2003 an. Neben seinem langjährigen Engagement in unserem Gemeindeparlament soll natürlich sein Einsatz als Kaderangehöriger und Vizekommandant der Feuerwehr erwähnt werden. Ich weiss nicht, ob er eine Statistik führt, wie viele Übungen und Einsätze er geleistet hat. Ich erlaube mir, diese Gelegenheit zu nutzen und an dieser Stelle nicht nur ihm für seinen Einsatz im Einwohnerrat und in der Feuerwehr, sondern allen Angehörigen der Feuerwehr für ihre Einsätze, die sie rund um die Uhr leisten, herzlich zu danken. Dieses Engagement für die Sicherheit der Mitmenschen ist nicht selbstverständlich.

Alexandre Mai: Er gehörte dem Einwohnerrat seit dem 1. Januar 2017 an. Daneben war er auch Mitglied der Einbürgerungskommission. Zudem leistet er seit dem 1. Januar 2010 wertvolle Arbeit in der Jugendkommission. Wir hoffen, dass sein politisches Engagement noch lange nicht zu Ende ist.

Dennys Mayer: Ebenfalls aus dem Einwohnerrat scheidet unser Stimmenzähler auf der linken Seite, Dennys Mayer, aus. Er wurde vor vier Jahren als erster Vertreter der BDP in unser Gemeindeparlament gewählt. Zudem gehört er seit dem 1. Januar 2014 auch der Verkehrskommission an. Ich danke ihm für die geleistete Arbeit.

Erich Renfer: Er hat sich entschieden, nicht mehr zur Wahl anzutreten. Er gehörte dem Einwohnerrat seit dem 1. Januar 2012 an. Zudem ist er Mitglied in den Begleitkommissionen Bahnhofplatz und Revision der Bau- und Nutzungsordnung. Als Präsident des Gewerbevereins Lenzburg und Umgebung war er eine wichtige Stimme hier im Rat und scheute sich auch nicht, uns seine Meinung unverblümt wissen zu lassen. Neben seiner politischen Tätigkeit darf er als Präsident der Organisationskomitees auch auf ein unvergessliches Schwingfest und Gewerbeausstellungen mit einem erfreulich grossen Publikumsaufmarsch zurückblicken. Wir werden sicher auch weiterhin seine Kolumnen im Lenzburger Bezirks-Anzeiger lesen dürfen.

Thomas Schär: Er gehörte dem Einwohnerrat seit dem 26. April 2017 an. Zudem ist er Parteipräsident der SP. In der Politik, wie überhaupt im Leben läuft es ja nicht immer gradlinig. Manchmal kann das, was man sich vorgenommen hat, nicht durchgeführt werden oder jedenfalls nicht gleich oder nicht so, wie man es sich vorgestellt hat. Zumindest in meinem Leben habe ich oft festgestellt, dass das auch sein Gutes hat.

Andreas Schmid: Er wechselt von der Legislative in die Exekutive. Er wird ab 1. Januar 2018 als neuer Stadtrat hier vorne seinen Platz einnehmen. Andreas Schmid begann seine politische Laufbahn als Mitglied der Jugendkommission, der er von 2008 bis 2014 angehörte. Am 1. Juli 2011 konnte er in den Einwohnerrat nachrücken und arbeitet zudem in der Einbürgerungskommission

und in der Ortsbürgerkommission mit. Ihm wünsche ich einen guten Start und viel Erfolg im neuen Amt. Ich denke, dass er dank seiner politischen Erfahrungen und beruflichen Qualifikationen die neuen Herausforderungen, die auf ihn zukommen werden, meistern wird.

Stefan Zantop: Er gehörte dem Einwohnerrat während 12 Jahren an und war während dieser Zeit auch immer Ansprechperson der Grünen Fraktion. Zudem wirkte er 9 Jahre in der GPFK mit, einer Kommission, die mit viel Arbeit verbunden ist. Auch war er oder ist er noch in den folgenden Kommissionen aktiv: Energiekommission, Begleitgruppe Bahnhofplatz und Begleitkommission Revision der Bau- und Nutzungsordnung. Stefan Zantop gehörte bereits in Baden dem Einwohnerrat an. Dank diesem politischen "Rucksack", seinem beruflichen Hintergrund und seinen fundierten Voten hat er auch als Angehöriger einer kleinen Fraktion einiges bewegt und gute Ideen eingebracht. Mit Stefan Zantop verlässt das letzte Mitglied der Gründergeneration der Lenzburger Grünen den Einwohnerrat. Herzlichen Dank für deine Arbeit.

Dr. Daniel Hug: Heute Abend darf ich auch Dr. Daniel Hug, unseren Leiter Stadtverwaltung, begrüßen. Er wird nächstes Jahr in Pension gehen und ich nehme an, dass er heute wohl letztmals an einer Einwohnerrats-sitzung teilnimmt. Ich möchte deshalb die Gelegenheit wahrnehmen und ihm ganz herzlich für die ausgezeichnete Arbeit danken, die er seit 2002 für die Stadt Lenzburg geleistet hat. Höhepunkte seiner Tätigkeit in unserer Stadt dürften wohl auch die Fernsehsendung "SF bi de Lüüt" und das – trotz der nasskalten Witterung – uns immer noch in schöner Erinnerung gebliebene Fest "Lenzburg findet stadt", 700 Jahre Stadtrecht, gewesen sein. Natürlich gehört die Organisation von Events, wie beispielsweise der Bundesfeiern auf dem Schloss, nicht zu den Hauptaufgaben eines Leiters Stadtverwaltung. Glanzpunkte seines Kerngeschäfts sind sicher die Regionalisierung des Zivilstandsamts, des Steueramts, des Betreibungsamts sowie der Umbau der Stadtpolizei zu einer Regionalpolizei, mit der späteren Zusammenlegung mit der Repol Seetal. Weiter müssen sicher auch die Erarbeitung des Leitbilds der Stadt Lenzburg und die Einführung und Umsetzung des Controllings speziell erwähnt werden. Dr. Daniel Hug hat nicht nur als Personalchef und Leiter Stadtverwaltung viel geleistet, sondern auch als Quästor der Stiftung Dr. Hans Dietschi. Er hat das Stiftungsvermögen mit grossem Geschick verwaltet und angelegt. Im Namen des Einwohnerrats danke ich Dr. Daniel Hug für die geleistete grosse Arbeit und wünsche ihm alles Gute.

Dr. Heidi Berner: Schlussendlich müssen wir noch Stadträtin Dr. Heidi Berner Adieu sagen. Sie hat so viel gemacht, dass ich das gar nicht alles aufzählen kann. Aber einen Ausschnitt muss ich doch bringen. Ihre politische Karriere begann 1993 hier im Einwohnerrat. 1996 nahm sie im Grossrat Einsitz. 1997 und 2001 wurde sie wiedergewählt und gehörte dem Kantonsparlament während genau zehn Jahren an. Acht Jahre wirkte sie in der GPFK, davon zwei Jahre als Präsidentin. Nach der Wahl zur Stadträtin trat sie aus dem Grossen Rat zurück und setzte sich nun mit all ihren Kräften für Lenzburg ein. Seit dem 1. Januar 2004 amtete sie als Stadträtin und übernahm das Ressort Soziales. Damit sind vielfältige Aufgaben verbunden, sozusagen von der Wiege bis zur

Bahre. Eine wachsende Stadt bedeutet auch wachsende soziale Aufgaben und Ausgaben. Hier nur ein paar Ausschnitte: Sie war Präsidentin der Sozialkommission, was bedeutete, dass sie in den 14 Jahren ca. 2'800 Verfügungen studieren sowie etliche rechtliche Gehöre (z.B. bei Kürzungen der Sozialhilfe) gewähren musste. Dabei wurde Sie immer wieder mit schwierigen und traurigen Lebensgeschichten konfrontiert; hinter steigenden Sozialkosten stehen reale Schicksale. Seit dem 1. Januar 2006 ist sie Präsidentin der Einbürgerungskommission, der sie bereits von 1999 bis 2003 als Einwohnerrätin angehörte. Diese 12 Jahre bedeuten ca. 240 Gespräche mit 500 betroffene Personen. Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehörten aber auch Themen wie die Mütter- und Väterberatung, die Jugendarbeit, die Jugendkommission und die Schulsozialarbeit. Seit 2012 gibt es ein neues Subventionierungsmodell bei der Kinderbetreuung.

In der Kommission für Altersfragen durfte ich Heidis Einsatz für die ältere Bevölkerung erleben, obwohl mit dieser Kommission nur ein sehr kleiner Teil dieser Aufgaben abgedeckt war. Als Präsidentin des Vereins für Alterswohnheime der Stadt Lenzburg und Verwaltungspräsidentin des Alterszentrums Obere Mühle AG und der Obere Mühle Alterswohnungen AG ist es ihr - mit Hilfe ihrer engagierten Verwaltungsratsmitglieder - gelungen, einen schönen und zweckmässigen Neubau des Altersheims zu realisieren, der auch bezüglich Kosten im vorgesehenen Rahmen blieb. Sicher darf erwähnt werden, dass es auch zu den Verdiensten von Heidi Berner gehört, dass während den Abbruch- und Bauarbeiten die Seniorinnen und Senioren in einem wohnlichen Provisorium leben durften.

Liebe Heidi, vielen Dank für deinen grossen Einsatz zum Wohle der Menschen in Lenzburg und das während 23 Jahren! Auf deinen Wunsch, übergebe ich dir jetzt das Wort.

Stadträtin Dr. Heidi Berner: Ich bin jetzt etwas "übereumpelt", da ich dachte, dass mir das Wort erst vor dem Sitzungsende erteilt wird. Nun gut: In den 14 Jahren meiner Zeit als Stadträtin habe ich unheimlich viel erlebt, Schönes, Schwieriges, Trauriges und Fröhliches. Ein Erlebnis möchte ich hervorheben: Sie sehen hier ein Bild des Events zum Start der gemeinsamen Oberstufe in der Schulanlage Lenzhard. Natürlich betrifft dies das Ressort Bildung, jedoch haben meine Leute von der Schulsozial- und der Jugendarbeit diesen Anlass mitvorbereitet. Wer weiss, vielleicht ist auch darum das Zusammenführen der Oberstufe so gut verlaufen. Soweit ich mich erinnern mag, waren drei Mitglieder des Stadtrats an diesem Anlass und haben vom Rande her zugeschaut, wie sich nach den Reden und den musikalischen Beiträgen auf dem Pausenplatz die ganze Schüler- und Lehrerschaft auf dem Rasen aufgestellt hat. Auf einmal haben sie uns zu sich gerufen und so durften wir Stadträte zusammen mit einer Schülerin ein "ä-Tüpfelchen" formieren. Wir standen da und haben gewartet bis das Bild von der Feuerwehrleiter aus im "Kasten" war. Die Aussage, "Zusammenwachsen", haben wir aus unserer Perspektive nicht lesen können. Dieses Erlebnis lässt mich verschiedene Schlüsse ziehen: Es ist ein tolles

Gefühl, etwas zusammen zu gestalten. Bei grossen Projekten braucht es den Einsatz von Vielen. Allein bringt man nicht einmal ein anständiges "ä-Tüpfchen" hin. (Schon dafür benötigt man vier Personen.) Wenn man mitten im Geschehen ist, verliert man gerne den Überblick. Darum ist es wichtig, ab und zu die Perspektive zu wechseln, um einmal aus der Distanz zu beobachten. Zusammenwachsen ist auch für das Städtchen Lenzburg ein wichtiger Begriff. Alteingesessene und Neuzuzüger, Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten, sollen zusammenwachsen oder zusammen wachsen. (Die Jugendfestrede in der Stadtkirche handelte ja auch zu diesem Thema.)

Dem Einwohnerrat und dem Stadtrat wünsche ich, dass es ihnen immer wieder gelingt, Projekte durchzuziehen. Es müssen nicht alle gleicher Meinung sein, das wäre fatal, aber das gemeinsame Ziel sollte das Gemeinwohl sein. Wie auf dem Foto braucht es Personen, die eher links stehen, andere eher rechts oder in der Mitte. Wichtig ist natürlich, dass viel Grün dazwischen und ringherum ist. Ich bin dankbar, dass ich ein interessantes Ressort führen durfte und dass ich einmal in meinem Leben ein Viertel eines "ä-Tüpfelchens" sein durfte. Dies ist nicht jedem vergönnt. Vielen Dank. (Applaus)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich habe ja zwischen den Verabschiedungen keinen Platz gelassen, aber vielleicht könnten wir noch einen zweiten Applaus für all diejenigen, die aus dem Rat scheiden, spenden. (Applaus)

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entscheiden heute über fünf Einbürgerungsgesuche. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe....

Sprecherin der Einbürgerungskommission ist Ilkay Ergeneli (SP): Wie wir vorhin bereits gehört haben, werden Ende Jahr immer einige Statistiken erstellt. Ich habe dies auch gemacht. 2017 haben wir - inklusive (hoffentlich) heute Abend – 34 Personen aus zehn verschiedenen Herkunftsländern im Alter von 4 bis 55 Jahren eingebürgert. 16 Personen davon waren achtzehnjährige oder jünger. Deutschland ist mit zehn Kandidaten auf Rang 1. Es geht weiter mit Kosovo, Italien, Ungarn, Portugal, Dänemark und Indien. Je eine Person stammte aus Katar, Angola und der Türkei. Das zweite Stichwort, welches wir dieses Jahr

immer wieder hörten, ist "Heimat". Für jede und jeden hat der Begriff ein wenig eine andere Bedeutung. Teils ist Heimat dort, wo man geboren wurde, teils wo man gerade lebt und teils einfach dort, wo man sich wohl fühlt. Ich hoffe, dass sich alle eingebürgerten Personen bei uns auch wohl fühlen.

Die Gesuchsteller, deren Gesuche wir heute beraten, sind alles Menschen, die in der Schweiz integriert sind und sich bei uns zu Hause fühlen. Dies haben wir geprüft. Aus diesem Grund empfiehlt die Einbürgerungskommission, allen Bewerbenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zuzusichern. Den Anwärtern wünsche ich alles Gute, schöpft alles aus, was ihr an Möglichkeiten erhaltet. Zum Schluss allen eine schöne Adventszeit und einen guten Start im neuen Jahr.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Ilkay Ergeneli. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 27. September 2017 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Es freut mich, dass Sie diese Hürde auf dem schwierigen Weg zur Einbürgerung erfolgreich genommen haben. Sie haben sich für die Schweiz und Lenzburg entschieden. Ich wünsche Ihnen auf dem weiteren Weg alles Gute. Unsere direkte Demokratie bietet Ihnen die Möglichkeit, am politischen Leben unserer Stadt teilzunehmen, und ich hoffe, dass Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Im Einzelfall natürlich erst, sobald Sie das dafür notwendige Alter erreicht haben. Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch. (Applaus)

3 Motion der FDP "Gesundung des Finanzhaushaltes der Stadt Lenzburg", Überweisung der Motion

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir kommen nun zu Punkt 3 unserer Tagesordnung, zur Motion der FDP "Gesundung des Finanzhaushaltes der Stadt Lenzburg", Überweisung der Motion. Gemäss § 27 unseres Geschäftsreglements erteile ich einem Unterzeichner der Motion das Wort. Wen darf ich am Mikrophon begrüssen? Ich übergebe das Wort an François Kuhlen.

François Kuhlen (FDP): Diese Motion hat schon einige Diskussionen ausgelöst, was an und für sich positiv ist. Wir haben bis zur ersten Sitzung des Einwohnerrats im Jahr 2018 einen Projektbeschrieb verlangt. Da die erste Sitzung die konstituierende ist, ist dies semantisch zu verstehen. Gemeint ist hier die März-Sitzung, an der erste Beschlüsse gefasst werden können.

Der zweite Punkt ist das Budget 2018. Auch uns ist klar, dass das Budget 2018 bereits beschlossen ist. Sie sind wahrscheinlich mit mir alle einig, dass es aber nicht verboten ist, mit den Ausgaben 2018 unter dem Budget zu bleiben und semantisch haben wir dies gedacht, wie es in der Motion steht. Es wurde uns auch klargemacht, dass der Stadtrat nach der Überweisung der Motion gemäss Gemeindeordnung 12 Monate Zeit hat, um seinen Bericht und Antrag vorzulegen. Jetzt kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass man für die Präsentation des Projektbeschriebs ein Jahr Zeit hat, oder man kann die Dringlichkeit des Anliegens erkennen und im Prinzip mit der Arbeit sofort beginnen. In diesem Sinne sehe ich auch hier keinen Widerspruch bezüglich dem von uns gewünschten Termin. Dazu werde ich später noch Stellung nehmen.

Wenn die Motion überwiesen wird, sind wir Motionäre durchaus bereit - und ich habe dies auch schon gegenüber verschiedenen Stadträten angetönt -, über diese Termine zu diskutieren und diese allenfalls neu festzulegen. Es macht insbesondere Sinn, wenn man berücksichtigt, dass der neue Leiter Stadtverwaltung am 1. Februar 2018 seine Stelle antreten wird. Ich denke, dass es Sinn macht, dass das geforderte Projekt dem neuen Stelleninhaber anvertraut wird. Eine gewisse Flexibilität unsererseits ist durchaus da. Soweit zu den formellen Vorbehalten gegenüber unserer Motion.

In der Diskussion, die wir insbesondere auch in der GPFK führten - ich spreche jetzt als Motionär und nicht als Vertreter der GPFK -, wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt in den letzten zehn Jahren (oder sogar noch länger) ein rasantes Wachstum erlebt hat und dass richtigerweise auch die Stellen in der Verwaltung nicht im gleichen Masse gewachsen sind, sondern langsamer. Das heisst mit anderen Worten, dass pro Mitarbeiter mehr Arbeit erledigt wurde. Zweitens, auch dies erkennen wir, wurden die Schulden massiv abgebaut. Im Weiteren gab es eine externe Prüfung, welche auch regelmässig durchgeführt wird, die ergab, dass die Verwaltung der Stadt Lenzburg eine gute Arbeit macht. Kommt noch dazu, dass in den letzten zehn Jahren neue Aufgaben

hinzukamen, wie z.B. das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, die "Kita-Gesetzgebung", das wachsende Bauvolumen, welches die Verwaltung bearbeiten muss, usw. Wir Motionäre anerkennen diese Leistung. Insbesondere möchten wir betonen, dass wir überzeugt sind, dass die Mitarbeiter der Verwaltung gute und korrekte Arbeit leisten. Wir möchten dies hier explizit anerkennen. Wir anerkennen auch, dass das Aufgabenvolumen durch Gesetze, Bevölkerungszunahme und durch die grosse Bautätigkeit stärker gewachsen ist, als der Personalbestand. Wir anerkennen auch, dass in Zukunft dank IT-Lösung eine effizientere Arbeit möglich ist. Ich denke hier auch an das Projekt GEVER, das erfolgreich eingeführt wurde. Fakt ist aber, dass das Budget 2018 ein Defizit aufweist, das nach einer Analyse der Vergangenheit und mit Blick in die Zukunft aus unserer Sicht eindeutig auf ein strukturelles Problem hinweist. Aus unserer Sicht besteht in diesem Sinne auch dringender Handlungsbedarf.

Als Erstes hat der Einwohnerrat den Stellenetat eingefroren und die Stelle für die Einführung des neuen Konzepts bezüglich Subventionierung der Kinderbetreuung nicht bewilligt. Dies ist sicher nur eine sehr kurzfristige und aus meiner Sicht auch eine sehr unbefriedigende Lösung. Aus meiner früheren Feuerwehrtätigkeit habe ich bei den Einsätzen gelernt, dass bei einem Einsatz zuerst die Sofortmassnahmen ergriffen werden müssen. Wenn dies erledigt ist, folgt die Erkundung der Lage, die Beschlussfassung, die Ausführung und die Kontrolle. Dieser Befehlskreis wiederholt sich immer wieder. Wir haben heute bzw. an der letzten Sitzung den ersten Schritt, die Sofortmassnahmen, durchgeführt. Aus meiner Sicht müssen wir nun den zweiten Schritt in Angriff nehmen. Dabei geht es mir insbesondere um die Prozesse in der Verwaltung. Es ist interessant, dass ich bei der ganzen Diskussion kaum jemand gehört habe, der über Prozesse sprach. Dabei zielen wir mit der Motion vor allem auf Prozesse. Diese Prozesse sind zu analysieren, Synergien zu finden und zu erzeugen, damit die Prozesse optimiert werden können. Nicht mehr und nicht weniger ist das Ziel unserer Motion.

Nun noch etwas zu den Kosten: Wir sind der Meinung, dass ein solches Projekt eine Investition für die Zukunft ist. Investitionen haben leider ihren Preis. Es werden externe und interne Kosten entstehen. Diese können wir aber nach einer einvernehmlichen Festlegung der Projektmeilensteine und des Terminplans wahrscheinlich über zwei, drei oder sogar vier Rechnungsperioden verteilen. Dadurch ist die Belastung der jeweiligen Rechnung nicht übermässig. Wir sehen im Übrigen auch einen Beitrag der GPFK. Ich hatte das Vergnügen und die Ehre, zwei Jahre in der GPFK teilzunehmen und ich habe festgestellt, dass die GPFK in den zwei Jahren hauptsächlich eine Finanzkommission war, die die Rechnungen prüft. Der Bereich Geschäftsprüfung ist eher bescheiden und ich würde sogar sagen, Prüfung von Geschäftsprozessen, wenn man das P vor das GP stellt. Wenn diese Motion angenommen und somit die Dringlichkeit unseres Anliegens anerkannt wird, dann sind wir bereit, mit dem Stadtrat den zeitlichen Ablauf (insbesondere unter Berücksichtigung des Stellenantritts des neuen Leiters Verwaltung) zu diskutieren. Wir sind auch bereit, den Umfang des Projekts und den zeitlichen Ablauf zu diskutieren und festzulegen. Wir begrüßen explizit und sind sogar der Meinung, dass es zwingend ist, dass die GPFK - oder zumindest eine Delegation der GPFK - an diesem Projekt beteiligt sein

soll. In Anbetracht der Dringlichkeit der Gesundung der Finanzen und mit dem pragmatischen Ansatz, empfehlen wir die Überweisung der Motion.

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung aus meiner Feuerwehrerfahrung beifügen: Ein kleiner Brand lässt sich leichter löschen als ein Vollbrand. Herzlichen Dank.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, François Kuhlen. Nun erteile ich das Wort an Stadtmann Daniel Mosimann.

Stadtmann Daniel Mosimann: Namens des Stadtrats nehme ich Stellung zur Motion. Ich werde meine Ausführungen gliedern in: Grundsätzliche Überlegungen (die man relativ kurzhalten kann), Stellungnahme des Stadtrats zu einzelnen Forderungen der Motion, zum Thema Effizienz und Personal, Schulden und Finanzen, Finanzplanung, Einbezug von externer Beratung und Vorgehensvorschlag des Stadtrats.

Wir haben vom Motionär gehört, dass gewisse Ausführungen in der Motion nicht ganz in dem Sinne gemeint sind, wie sie umschrieben wurden. Was sicher gesagt werden kann, ist, dass es grundsätzlich eine Aufgabe des Stadtrats und der Verwaltung, ist, dass die Budgetvorgaben eingehalten werden. Dazu dient auch das Controlling, das der GPFK jeweils ebenfalls zur Einsicht vorgelegt wird. Ebenso ist der GPFK bekannt, dass Massnahmen ergriffen werden, wenn das Budget nicht eingehalten werden kann. Dies nicht erst seit heute, sondern seit Einführung des Controllings. Der zeitliche Ablauf ist bei einer Motion vorgegeben. Wird die Motion heute für erheblich erklärt, dann hat der Stadtrat ein Jahr Zeit, um Bericht und Antrag zu erstatten.

Bezüglich Inhalt der Motion möchte ich auf einige Punkte eingehen:

- *Das Projekt soll die **gesamte Verwaltung** mit allen Abteilungen inkludieren.*

Der Stadtrat und die Verwaltung (Leiter Stadtverwaltung, Stadtschreiber) führen die Verwaltung immer mit dem Blick auf die gesamte Verwaltung, inkl. Ortsbürgergemeinde.

- *Unter Einbezug externer Expertisen wie auch eGovernment-Lösungen sollen im nächsten Schritt die **Potentiale für Optimierungen/Effizienzsteigerungen** in der Verwaltung aufgezeigt und entsprechende Massnahmenpakete erarbeitet, respektive vorgeschlagen werden.*

Der Stadtrat ist der Meinung, dass wir genügend qualifizierte Mitarbeiter und Instrumente haben. Wir haben die GPFK und eine Revisionsgesellschaft, die die Rechnungen prüfen, und wir erhalten alle zwei Jahre einen externen Verwaltungsbericht, der ebenfalls einen Blick in die Verwaltung wirft. Unserer Meinung nach reicht dies, um unser angestrebtes Ziel zu

erreichen. Was dem Stadtrat ein Dorn im Auge ist, sind die externen Kosten für Dienstleistungen und Honorare, die eine markante Steigerung erfahren haben. Sie widerspiegeln jedoch zum einen die immer komplexeren Aufgaben, die auf die Stadt und die Verwaltung zukommen. Hierbei denke ich beispielsweise an die Bahnhofplanung. Für den Stadtrat gilt es abzuwägen, ob Spezialisten eingestellt oder ob die Leistungen temporär eingekauft werden sollen. Wir sind der Meinung, dass es besser ist, wenn spezielle Aufgaben durch externe Experten und Berater gelöst werden.

- *Das Projekt soll im Weiteren den Fokus auf eine **generelle Aufgabenüberprüfung** (beispielsweise zwingend/nicht zwingend Gemeindeaufgabe), inkl. Überprüfung der angewandten Standards, beinhalten.*

Zu dieser Frage erstatten wir jährlich Bericht. Wir stellen alle fest, dass im Rahmen der Sparanstrengungen des Bundes/Kantons immer wieder Aufgaben von Bund/Kanton den Gemeinden übertragen werden. Mit dieser Thematik sind die Gemeinden immer mehr gefordert, die zwingend vorgeschriebenen Aufgaben wahrzunehmen und das Wünschbare, z.B. hier im Einwohnerrat, zur Diskussion zu stellen.

- *Das Projekt soll die **Überprüfung der aktuellen Verwaltungsorganisation** beinhalten. Dies ebenfalls mit dem Ziel zusätzlicher Effizienzgewinne.*

Dies ist für den Stadtrat, die Verwaltung und die Verwaltungsleitung eine Daueraufgabe, vor allem auch bei neuen Aufgaben, bei welchen man versucht, die Organisationsstrukturen flach zu halten.

- *Das Projekt soll **Massnahmen** aufzeigen, die gestützt auf einer Erhebung der bestehenden Handlungsspielräume und Potentiale kurzfristig bestehen.*

Im Rahmen des Controllings wird jährlich immer wieder aufgezeigt, welche Massnahmen man ergreifen und umsetzen muss, damit das Ergebnis verbessert werden kann. Über diese Gesamtsicht wird die GPFK immer mit einem Trimesterbericht orientiert. Somit ist diese über die Massnahmen, die ergriffen werden müssen, informiert.

- *Das Projekt soll ebenfalls **Potentiale für Mehreinnahmen** aufzeigen, welche durch Dienstleistungen für Dritte bestehen.*

Die Möglichkeiten von Mehreinnahmen werden jährlich überprüft. Bei regionalen Zusammenarbeiten mit den Gemeinden wird intensiv verhandelt und der Spielraum ist relativ klein. Wir schauen, dass wir für die Stadt und die Verwaltung immer gute Lösungen finden, nicht nur für das Personal, sondern auch finanziell.

- *Die erarbeiteten Massnahmenpakete sollen ins Budget 2019 sowie in die nachfolgenden Budgets einfließen.*

Dies ist für den Stadtrat eine Daueraufgabe/Routineaufgabe. Die Massnahmen, welche im laufenden Jahr ergriffen werden, sollen ins nächste

Budget übernommen werden, damit eine bessere Umsetzung erzielt werden kann.

Eine grundsätzliche Erkenntnis aus der Motion ist für den Stadtrat, dass die Motionäre davon ausgehen, dass die Effizienz der Stadtverwaltung Lenzburg ungenügend ist. Blickt man etwas zurück, sieht man, dass im Jahr 2002 ein Postulat überwiesen wurde, das die Einführung eines neuen Führungsmodells vorschlug. Die damalige Begründung war, dass sehr viele Arbeiten (Sachgeschäfte, Anfragen, politische Vorstösse) liegen blieben und nicht fristgerecht abgehandelt werden konnten. Dies war damals ein grosses Problem. Die immer komplexeren Abläufe und Problemstellungen haben nach einer anderen Struktur gerufen. Man konnte mit der Einsetzung des Leiters Stadtverwaltung und dem Beizug von externen Mitarbeitern, die die Verwaltung von Aussen begutachten, gewisse Massnahmen umsetzen, die bis heute greifen.

Mit der Stelle Leiter Stadtverwaltung konnte man einen Effizienzgewinn erzielen. Der Personalbestand ist zudem nicht analog der Bevölkerung gewachsen. Was auch festgestellt werden kann, ist, dass der Personalbestand nicht überall gewachsen ist. Beispielsweise verzeichnen wir bei der Stadtkanzlei sogar eine Reduktion. Eine Reduktion kann auch beim Regiosteueramt festgestellt werden. Einen Personalzuwachs verzeichnen wir hingegen beim Betreibungsamt, bei der Repol und bei den Sozialen Diensten. Ein kleines, banales Beispiel: Im Jahr 2003 hatten wir sechs hauptamtliche Hauswarte; jetzt haben wir sechseinhalb Hauswarte. Diese Stellenpensen reichen jedoch auch aus, um ein zusätzliches Schulhaus und eine Dreifachturnhalle zu betreuen. Daraus lässt sich erkennen, dass wir den Personalbestand nicht einfach erhöhen. Beispielsweise verzeichnet das Betreibungsamt in dieser Zeitspanne mehr Betreibungsbegehren (Zuwachs von 42 %), Konkursandrohungen (23 %), Verlustscheine (sage und schreibe 142 %).

Das aargauische Stimmvolk hat 2004 die Initiative "Mehr Sicherheit für alle" angenommen. Kanton und Gemeinden werden dadurch verpflichtet, pro 700 Einwohnerinnen und Einwohner einen Polizisten zur Verfügung zu stellen. Wir haben das neue Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz, das dazu führte, dass Stellen ausgebaut werden mussten. Das Asylwesen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Zahl der von uns zu betreuenden Asylsuchenden wurde von 23 auf 40 erhöht. Der Einwohnerrat hat an der Budgetsitzung mit der Stellenplafonierung die Erhöhung des Personalbestands um 50 % für die Betreuung der Asylsuchenden abgelehnt, obwohl die Kosten vollumfänglich vom Bund abgegolten worden wären.

Neue Stellen wurden auch vom Einwohnerrat bewilligt. Ich denke hier beispielsweise an die Schulsozialarbeit, die Jugendarbeit, das Kultursekretariat, das Tourismusbüro und das Label "Energistadt". Im Stellenplan konnten Sie auch einen Zuwachs im Schwimmbad feststellen. Dazu ist aber festzuhalten, dass hier langjährige Anstellungen im Stundenlohn durch Festanstellungen abgelöst worden sind, die nun im Stellenplan erscheinen. François Kühlen hat es erwähnt: Wir haben eine Bevölkerungszunahme in dieser Periode von 33 %. Wir haben jedoch nur eine Zunahme der für Lenzburg tätigen Mitarbeiter von

23,5 %, obwohl noch zusätzlichen Aufgaben, die uns zum Teil übertragen wurden, erfüllt werden müssen.

Bezüglich Finanzen weise ich darauf hin, dass wir 2003 noch 25 Mio. Franken Schulden hatten. Berücksichtigen wir auch die Eigenwirtschaftsbetriebe, verfügen wir heute über ein Vermögen von 10 Mio. Franken. Dabei darf nicht vergessen werden, dass wir noch beinahe 10 Mio. Franken für die Ausfinanzierung der Aarg. Pensionskasse aufgewendet haben. Hier von einer verfehlten Finanzpolitik zu sprechen, ist eine kühne Aussage.

In der Motion wird ebenfalls bemängelt, dass wir einen Investitionsstau hätten. Es ist primär eine Aufgabe des Stadtrats, aufgrund der finanziellen Möglichkeiten Prioritäten zu setzen; Prioritäten bezüglich Dringlichkeit, Wichtigkeit, Notwendigkeit und finanzieller Realisierbarkeit. Diesbezüglich hat die GPFK anlässlich des runden Tisches ihre Forderungen auch definiert. Es ist unvermeidlich, dass eine zeitliche Staffelung vorgenommen und gewisse Projekte nach hinten verschoben werden müssen. Der Stadtrat muss abwägen, wie hoch die Verschuldung ausfallen darf und wie weit Unterhaltsarbeiten zurückgestellt werden dürfen. Für die kommenden Generationen wollen wir weder einen hohen Schuldenberg noch Gemeindebauten hinterlassen, die man als Ruinen bezeichnen muss. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er hier eine gute Balance gefunden hat. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren vor allem bei den Schulbauten die dringenden Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen nachgeholt haben. So haben wir eine Dreifachturnhalle und ein neues Schulhaus gebaut, aber auch die Schulanlage Lenzhard saniert und nun das ehemalige Bezirksschulhaus in Angriff genommen. Wir haben seit 2008 rund 48 Mio. Franken investiert. Bedürfnisse können nicht immer alle auf einmal erledigt werden, aber ich denke, hier von einem Stau zu sprechen, ist nicht ganz korrekt. Trotz der finanziellen Belastung durch die erwähnten Projekte konnten wir noch weitere grosse Vorhaben realisieren, wie z.B. den Widmipark, den Kommunalen Gesamtplan Verkehr und die Gesamtrevision der Nutzungsplanung.

In der Motion wird unter Punkt C folgendes gefordert: *Unter Einbezug externer Expertisen wie auch eGovernment-Lösungen sollen im nächsten Schritt die **Potentiale für Optimierungen/Effizienzsteigerungen** in der Verwaltung aufgezeigt und entsprechende Massnahmenpakete erarbeitet, respektive vorgeschlagen werden.* Der Einbezug von externen Beratern ist, so denke ich, der teuerste Vorschlag, der gemacht wird. Wir haben eine Kostenschätzung durch ein Beratungsunternehmen machen lassen. Es muss damit gerechnet werden, dass externe Kosten von rund Fr. 230'000.– und interne Kosten von mindestens Fr. 90'000.– anfallen würden. Bei der Einführung von eGovernment kann die Stadt nicht Vorreiterin sein; eGovernment-Lösungen sind kantonale Lösungen. Wo es die Möglichkeit ergibt, arbeiten wir mit, so waren wir beim Steueramt Pilotgemeinde bezüglich Digitalisierung. Jetzt helfen wir bei der Einwohnerkontrolle betreffend eUmzug mit. Bei diesen Projekten sind wir über unsere Mitarbeiter und Verbände dabei. Die GEVER-Lösung fängt nun an zu greifen und zeigt auch erste Ergebnisse. Wir sind nicht untätig und wo sich die Gelegenheit ergibt, werden wir bei eGovernment-Lösungen in einem grösseren Rahmen ebenfalls dabei sein.

Zum Schluss: Mit den aktuellen Instrumenten wie Controlling, externer Verwaltungsbericht und Austausch mit der GPFK, ist der Stadtrat der Meinung, dass wir zurzeit genügend Instrumente haben, um mit diesen Massnahmen die Ergebnisse aus der betrieblichen Tätigkeit verbessern zu können. Der Beizug von externen Beratern erachtet der Stadtrat zurzeit als nicht notwendig. Im Februar beginnt der neue Verwaltungsleiter mit seiner Arbeit. Er kommt aus der Privatwirtschaft und wird dadurch einen speziellen Blick auf unsere Verwaltung haben. Dies ist eine Chance, die wir nicht noch mit einem zusätzlichen Mandat an externe Berater toppen müssen.

Der Motionär hat eine gewisse Unzufriedenheit über die Arbeitsweise der GPFK geäussert. Die GPFK muss sich selber organisieren, damit die Arbeit für sie auch gewinnbringend und sinnstiftend ist. Hier können wir nicht mitreden.

Aus den genannten Gründen empfiehlt der Stadtrat dem Einwohnerrat, die Motion nicht zu überweisen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Nachdem die GPFK usanzgemäss auf eine Stellungnahme zu parlamentarischen Vorstössen verzichtet, eröffne ich die Diskussion. Wem darf ich das Wort erteilen?

Alexandre Mai (CVP): Die FDP spricht in ihrer Motion von strukturierter Analyse und Sofortmassnahmen für das Budget 2018. Dies klingt einerseits wie aus einem Lehrbuch für Unternehmenssanierungen oder andererseits, als würde der Stadt Lenzburg demnächst eine finanzielle Apokalypse drohen. Es ist aber so, dass das Gemeinwesen, also auch die Stadt Lenzburg, kein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen ist. Nicht alle von der Verfassung, den Gesetzen oder von Verordnungen vorgeschriebene Aufgaben der öffentlichen Hand können profitabel abgewickelt werden. Ausserdem sind die sogenannten Finanzprobleme - oder besser gesagt - der Schuldenaufbau historisch entstanden und nicht auf strukturelle Probleme zurückzuführen. Die hohen Ausgaben in den 80-er Jahren (z.B. für die Kernumfahrung oder die Hochwasserentlastung) haben die Finanzen sehr angespannt, sodass man die Investitionen in bestehende Gebäude aufschieben musste. Damals war es so, dass es mit der wirtschaftlichen Lage immer etwas bergauf ging und man deshalb keine Probleme sah, sich für Investitionen zu verschulden. Es sei übrigens nebenbei erwähnt, dass die FDP massgeblich daran beteiligt war. In den 2000-er Jahre ist dann die Idee entstanden, dass mit dem Bevölkerungswachstum ein höheres Steuereinkommen generiert werden und man den Finanzhaushalt damit wieder ausgleichen kann. Dass man aber gleichzeitig auch in die städtische Infrastruktur investieren muss, um weiterhin für Bürgerinnen und Bürger eine Vorzeigestadt zu bleiben, das scheint man irgendwie verdrängt zu haben. Wie der Herr Stadtammann bereits erwähnt hat, kamen noch viele kantonale Vorgaben und Aufgaben, die an die Gemeinden delegiert wurden, hinzu. Dafür hat der Einwohnerrat explizit neue Stellen im Bereich Schulsozial- und Jugendarbeit

bewilligt. Damit folgt nach Jahren eines ausgeglichenen Haushalts und Schuldenabbaus wieder eine Periode der Neuverschuldung. Dies beispielsweise aufgrund der Investitionen in die Schulanlagen, die auf die lange Bank geschoben wurden. Der Schuldenaufbau wurde allerdings in den vergangenen Finanzplänen prognostiziert. Es ist schon etwas verwunderlich, dass Rahmenbedingungen einfach zur Kenntnis genommen werden und erst jetzt zur Sprache kommen.

Die von den Motionären geforderte Analyse wird nach Einschätzung des Stadtrats über Fr. 300'000.– Kosten verursachen. Diese Kosten beziehen sich nur auf die Analyse selber und beinhalten allenfalls umzusetzende Massnahmen noch nicht. Selbst wenn man die Kosten als mittelfristige Investition betrachtet, da sie zu einer effizienteren Stadtverwaltung beitragen sollen, würden sie doch im Widerspruch zur Forderung stehen, keine städtischen Aufgaben mehr an Dritte zu delegieren. Die Motion stellt den Stadtrat und die Verwaltung unter einen nicht zumutbaren und nicht zielführenden Zeitdruck. Durch die geforderten Sofortmassnahmen sollen Probleme auf dem Rücken des städtischen Personals gelöst werden, ohne die Ergebnisse der externen Untersuchung abzuwarten. Leistungsabbau und Steigerung der Anforderungen an das Personal würde der Arbeitsatmosphäre negative Impulse geben. Eine kleine aber feine Stadt wie Lenzburg kann es sich nicht leisten, leichtfertig ihre Angestellten und damit die Bürgerinnen und Bürger zu verärgern. Der Stadtrat hat es bis anhin gut verstanden, mit all diesen städtischen Ausgaben, Einnahmen und kantonale Anforderungen so zu haushalten, dass den Bürgerinnen und Bürgern kein Leistungsabbau (sowohl quantitativ als auch qualitativ) zugemutet werden musste. Dafür verdient er nicht Tadel, sondern Lob. Aus diesen Gründen lehnt die CVP Lenzburg die Überweisung dieser Motion ab. Danke und "uf Wiederluege".

Lukas Häusler (Grüne): Nach der Budgetdebatte im September war ich einfach zu müde. Eigentlich hätte ich aufstehen und losschreien müssen. Ich fand es schlichtweg eine Frechheit, wie man den Mitarbeitern der Stadtverwaltung grundsätzlich ein Misstrauen entgegenbringt. Ich denke, es ist keine Panik angebracht. Eine wachsende Stadt durchläuft gewisse Lebenszyklen. Wir haben viele Leute nach Lenzburg geholt, weil gewisse unternehmerisch denkende Personen sich zusätzliche Steuereinnahmen erhofften. Wir können dies auch mit Bäumen vergleichen. Wir haben Bäume gepflanzt, die auch Grundstückgewinnsteuern abgeworfen haben. Nun merkt man jedoch, dass diese Bäume noch keine Früchte tragen und will ihnen bereits das Wasser zudrehen, indem man bei der Stadtverwaltung Personal einspart. Diese kann dadurch Leistungen nicht erbringen, zu denen sie eigentlich verpflichtet wäre. Ich bin sehr dafür, die Bäume Wurzeln schlagen und Früchte tragen zu lassen und ihnen das Wasser nicht abzudrehen. Die Grüne Fraktion spricht sich deshalb gegen die Überweisung der Motion aus.

Remo Keller (SP): Motion für die Gesundung des Finanzhaushalts der Stadt Lenzburg, wer kann da dagegen sein, es klingt ja eigentlich nicht schlecht? Überlege ich es mir genau, klingt dies auch ein wenig nach billiger Wahlkampf-rhetorik. Betrachtet man den Finanzplan und das Budget, sehe ich keinen kranken Finanzhaushalt. Klar, wir stehen vor Herausforderungen und müssen diese angehen. Es ist unschön und es bereitet auch uns Sorgen, dass wir aktuell ein Defizit bei den betrieblichen Tätigkeiten haben. Wir glauben aber, dass dies eine temporäre Erscheinung ist, welche wir uns im Moment leisten können. Ich habe keinen Feuerwehrdienst geleistet. François Kuhlen hat erwähnt, dass als erstes Sofortmassnahmen zu ergreifen wären. Sofortmassnahmen müssen aber Massnahmen sein, die nicht das eigene Leben gefährden. Gerade in einer heiklen Situation muss ein kühler Kopf bewahrt werden. Anlässlich der Budgetdebatte wurden die Stellen plafoniert. Dies im Wissen, dass ein Teil dieser zusätzlichen Stellen (50 Stellenprozent) uns faktisch nichts gekostet hätte, weil der Bund sie mitfinanzieren würde. Auch wurde vergessen, dass diese Stelle für die Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden einen enormen Mehrwert schaffen würde. Durch eine Integration dieser Menschen kann erreicht werden, dass sie wirtschaftlich selbständig werden und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind; Sozialhilfekosten, die in einigen Jahren vom Bund auf die Wohngemeinde übertragen werden. Ob diese Sofortmassnahmen, die der Einwohnerrat im Personalbereich beschlossen hat, so "schlau" waren, wage ich zu bezweifeln. Darum, kühlen Kopf bewahren und wirklich planen. Planen, da sind wir wieder beim Thema der Motion. In diesem Zusammenhang kann ich nicht verstehen, dass an der letzten Sitzung mit der Motion eine Analyse verlangt wurde und im Gegenzug mit den Personalmassnahmen "reingeschossen" wurde.

Der Finanzplan wurde auch angesprochen. Hier hatte ich das Gefühl, die Motionäre haben die Funktionsweise des Finanzplans nicht ganz korrekt verstanden. Ein Finanzplan ist eine rollende Planung. Manchmal ist er auch ein "Wunschkonzert". In diesem Instrument aufgeführte Projekte wurden immer wieder zeitlich nach hinten verschoben. Meine Erfahrungen aus den letzten zehn Jahren zeigt aber auch, dass nicht systematisch auf Sachen verzichtet wurde, die absolut notwendig sind. Auch grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass das Misstrauen gegenüber dem Stadtrat, welches ein wenig aus dieser Motion herauszulesen ist, nicht gerechtfertigt ist. Einerseits frage ich mich, warum dies so aus dem bürgerlichen Lager kommt. Der Stadtrat war in den vergangenen Jahren bürgerlich und er wird es auch in Zukunft sein. Gerade die Partei, aus welcher die Motionäre kommen, wird zukünftig mit zwei Sitzen im Stadtrat vertreten sein. Mit Andreas Schmid gehört ein neues Mitglied dem Rat an, das auch neue Ideen einbringen und neue Prozesse allenfalls prüfen und einführen kann. Gleichzeitig steht ein Personalwechsel bei der Verwaltungsleitung an. Der neue Verwaltungsleiter wird einen Blick "von Aussen" in die Verwaltung werfen. Dies darf man nicht unterschätzen. Wieso man noch teure Doppelspurigkeiten schaffen möchte, indem Dritte engagiert werden, verstehen wir nicht.

Prozess/Prozessüberprüfung: François Kuhlen hat erwähnt, dass die Motionäre vor allem die Prozesse überprüfen lassen möchten. Hier kommt bei mir die Frage auf, ob die Motion nicht auch in dieser Hinsicht unglücklich formuliert

wurde. Vielleicht hätte man sich mehr Gedanken machen müssen, wie dieses Anliegen aufgegleist werden soll. Dafür ist es nicht zu spät. Die Motion hat Diskussionen entfacht, und ich denke, es gibt auch darin gute Punkte, die man berücksichtigen kann. Die Motion als solches ist aber "over the top". Sie verursacht Kosten und führt dadurch dazu, dass die Forderung nach Einsparungen nicht erfüllt werden kann. Ich glaube, wir sollten uns alle an der eigenen Nase nehmen. Ich denke, die GPFK ist die richtige Plattform und offen dafür, um die Diskussion weiter zu führen. Wir haben an der letzten GPFK-Sitzung einiges andiskutiert, was gemacht werden kann. Man kann sich tatsächlich überlegen, vermehrt Prozesse von unserer Seite her anzuschauen. Es kann auch überlegt werden, eine zweite Kommission zu bilden. Diese würde sicher auch Kosten verursachen, die jedoch geringer wären, als der Aufwand für eine externe Prüfung. Wenn man keine Verbesserung feststellt, kann man auch wieder darüber sprechen. Hierzu hat ja auch der Stadtrat sein ok gegeben. Vielleicht ist es ein wenig meine junge Naivität, aber ich habe das Gefühl, das muss so nicht sein. Wir sind grundsätzlich auf einem guten Weg und die SP hat Vertrauen in den Stadtrat und empfiehlt aus den dargelegten Gründen, die Motion nicht zu überweisen.

Stefan Zantop (Grüne): Es gibt viele Gründe aus grüner Sicht, die Motion zu zerzausen, das Formelle wurde erwähnt. Man könnte das Weltbild nennen, das in der Motion ablesbar ist; der blinde Glaube an geschliffene HSG-Berater. Dass die Ausgangslage vielleicht nicht ganz präzise analysiert wurde, wurde bereits erwähnt, und ich möchte nicht noch einmal darauf eingehen. Ich erachte das Thema jedoch als zu wichtig, als dass man es einfach so wegwischen könnte. Einer der Hintergründe für diese Motion ist, dass man im Moment nicht mehr ein so gutes oder selbstverständliches Vertrauen von Seiten des Einwohnerrats in den Stadtrat hat. Ein Kontrollorgan braucht ein gesundes Misstrauen, aber ich habe das Gefühl, es geht etwas zu tief und das Verhältnis müsste sich wieder etwas verbessern.

Ich schlage vor, dass man die Motion so nicht überweist. Die Anliegen der Motion dürfen jedoch nicht vergessen werden. In diesem Sinne - auch von meiner Seite her - die Aufforderung, den Steilpass an die GPFK und vielleicht auch noch an eine Verwaltungsorganisationsprüfungskommission, diesen aufzunehmen und zusammen mit dem Stadtrat und der Verwaltung über das Thema weiter zu diskutieren, die Aufgaben und Prozesse genau zu analysieren und weitere präzise Massnahmen zu formulieren. Ich danke für den Steilpass und wünsche diesem Prozess ein gutes Gelingen.

Dr. Daniel Hug, Leiter Stadtverwaltung: Seit 2002 bin ich Leiter Stadtverwaltung und für die Geschicke der Stadt Lenzburg mitverantwortlich. Der Einwohnerrat hat damals dem Stadtrat den Auftrag erteilt, die Effizienz in der Verwaltung zu steigern, das Controlling einzuführen und die notwendigen Instrumente zur Verfügung zu stellen. Kurz, die Verwaltung - dort wo es möglich und nicht durch

die Gesetze eingeschränkt ist - zu einem modernen Unternehmen zu machen. Weitsichtig hat der damalige Einwohnerrat den Stadtrat dazu ermächtigt, eine neue Stelle zu schaffen und ihn dadurch mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet. So kam es zu meiner Stelle. Nach 15 Jahren und einige Monate vor meiner frühzeitigen Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen, geht es mir darum, zum Vorwurf, dass unsere Verwaltung ineffizient sei, Stellung zu nehmen. Was die Organisation und Führung einer Verwaltung anbelangt, gibt es kein "mer" oder Gesamtverantwortung irgendeiner Kommission oder eines Gremiums, sondern es gibt Personen, die Verantwortung übernehmen wollen, übernehmen und tragen. Falls es um die Effizienz geht, übernehme ich die Verantwortung sehr gerne.

Die Einführung des Controllings hat für alle Kostenverantwortlichen bedeutet, alle vier Monate ihre Zahlen anzuschauen, zu begründen wieso negative Abweichungen vorhanden sind, und Vorschläge zu unterbreiten, welche Massnahmen sie ergreifen wollen, um das Ergebnis zu verbessern. Die GPFK erhält den vertraulichen Bericht des Controllings ebenfalls alle vier Monate.

Einen kurzen Rückblick bezüglich Schulden: Als ich 2002 meine Stelle antrat, war die Stadt Lenzburg mit 26 Mio. Franken verschuldet. 2016 beziffert sich das Guthaben auf 9,5 Mio. Franken. Dies entspricht einer Verbesserung um 36 Mio. Franken. Zusätzlich haben wir noch 2008 10 Mio. Franken der APK "in den Rachen" geworfen, genau gesagt am 1. Januar. Am 1. Februar hatten wir den ersten grösseren Börsencrash, der alles vernichtet hat. (Bei der Stiftung Dr. Hans Dietschi war dies im Übrigen nicht der Fall.)

Entwicklung des Personalbestands: Bevölkerung +33 %, Personalbestand +23,5 %. So wie ich es gelernt habe, nennt man diese Entwicklung Effizienzsteigerung. Wenn es um Effizienzsteigerung geht, muss man kein Blatt vor den Mund nehmen. Wir realisieren laufend Sparübungen, nicht nur alle 12 Monate einmal. Hätte der Personalbestand - wie oft von meinen Abteilungsleitern gewünscht - mit dem Einwohnerwachstum Schritt gehalten, so hätten wir heute 6 Mitarbeiter mehr. Bei Arbeitsplatzkosten von knapp Fr. 100'000.- sind dies jährlich wiederkehrende Kosten von Fr. 600'000.-. Dies konnte man nur umgehen, indem man ein integriertes Personalwesen von Null aufgebaut hat. Prozessanalyse von Abläufen, Checklisten, Personalhandbücher, das Nachverfolgen von Corporate Identity, sind nur einige Schlagwörter. Durch die jährliche Kontrolle durch die Revisionsgesellschaft und die GPFK (herzlichen Dank an die Damen und Herren, welche uns jährlich einmal prüfen und feststellen, dass keine Lücken in der Effizienz vorhanden sind), und den zweijährlichen Verwaltungsbericht im Rahmen des IKS (Internes Kontrollsystem) und durch die Einführung des Controllings alle vier Monate erfolgt eine Überprüfung.

Der Vorwurf von mangelnder Effizienz entspricht schlichtweg nicht den Tatsachen. Wie man einfach aus dem hohlen Bauch heraus sagen kann, die Verwaltung könne 10 bis 15 % des Personals einsparen, kann ich nicht nachvollziehen. Von diesen Personen, die dies sagen, war keiner bei mir im Büro und hat das Gespräch gesucht oder gefragt, ob ich Zahlen dazu habe. Meine Türen stehen offen, aber niemand hat nachgefragt. 10 bis 15 % entspricht

übrigens 14 bis 20 Mitarbeitende, die entlassen werden müssten (um einfach die Grössenverhältnisse zu kennen, für diejenigen, welche die Zahlen nicht so verstehen). Dadurch würden unsere täglichen Bemühungen, wie wir mit unserem Personal umgehen und es motivieren, anhalten gute Qualität zu bieten, zunichtegemacht. Dies mit einem einfachen kleinen Satz: "10 bis 15 %, es sind ja sowieso "fuli Sieche"". So geht es nicht! Müssten wir dies umsetzen, kann ich Ihnen versichern, müssten zahlreiche Dienstleistungen (die wir nicht von Gesetzes wegen erfüllen müssen) abgeschafft werden. Den Spruch, dass dann das Jugendfest gefährdet sei, bringe ich jetzt nicht, diesen haben andere schon früher gebracht.

Wir beginnen nicht erst effizient zu arbeiten, nachdem die Motion eingereicht wurde. Wir haben schon lange damit begonnen, die notwendigen Kontrollinstrumente sind vorhanden. Jeder Landwirt weiss, dass seine Kulturen Wasser (Ressourcen) benötigen, ohne diese gehen die Pflanzen zugrunde. Und das Wasser kostet - auch in Lenzburg -, das weiss auch jeder Landwirt und trotzdem wässert er. Eine Stadt als Dienstleistungsunternehmen braucht Mitarbeiter, um Aufgaben zu erfüllen, sonst geht auch sie zugrunde. Die Stadt benötigt auch qualitativ sehr gutes Arbeiten. Beschlüsse des Stadtrats dürfen keine Fehler nach dem Motto "wir haben es eigentlich anders gedacht" enthalten. Bei Auseinandersetzungen auf juristischer Ebene würden wir bei dieser Art und Weise sehr "alt aussehen". Dies kann Ihnen unser Stadtschreiber sicher bestätigen.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte, so komme ich zum Schluss: Lasst uns kommunizieren, wie es früher war. Nach 15 Jahren und kurz vor der Pension kann ich von Früher sprechen. Fair, hart und offen. Die Türen aller Abteilungsleiter, aller Manager der Verwaltung, stehen Ihnen immer offen. Bevor man mit verbalen Rundumschlägen viel Schaden anrichtet, wäre es zielführender, wenn man mit den Verantwortlichen direkt das Gespräch suchen würde. Sie haben nicht nur das Recht, Sie haben auch die Pflicht, sich als Einwohnerrat in die Materie einzuarbeiten.

Ich freue mich für meinen Nachfolger, Peter Baumli, dass er die anspruchsvolle und tolle Funktion übernehmen darf und wünsche ihm dazu viel Glück. Ich als Hauptmann mit 1'200 Diensttagen stehe hinter ihm zurück. Er ist Oberst und er kennt, was es heisst, Analyse des Ereignisses, Sofortmassnahmen, Zeitplan, Beurteilung der Lage, Entschlussfassung, Befehlsgebung, Organisation und Kampfplanung. Peter Baumli wird sicher Neues und modernere Ansätze in diese Verwaltung bringen, darüber bin ich froh.

Für mich ist es immer noch ein Übel, dass wir keine integrierte Personalverwaltungssoftware haben. Aber das, was wir in die Wege geleitet haben, funktioniert. Beim Controlling mussten wir eine externe Software "abschiessen", und ich habe in mehreren Nacht- und Nebelaktionen das Controlling selber aufgebaut. Es funktioniert.

Ich verabschiede mich im nächsten Jahr in den vorzeitigen Ruhestand bzw. in den medizinischen Hausarrest, den ich mir auch anders vorgestellt habe. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitenden der Stadt Lenzburg für die meist

sehr gute Arbeit, welche sie leisten, den Stadtammännern Rolf Bachmann, Hans Huber und Daniel Mosimann und all seinen Kollegen im Stadtrat, welche uneingeschränktes Vertrauen in mich hatten und mich mit flexiblen Lösungen - vor allem in den letzten beiden Jahren - unterstützt haben, damit es mir trotzdem möglich war, weiter zu arbeiten und weiterhin die Leistung für die Stadt Lenzburg zu erbringen. Meine Beine sind kaputt, mein Hirn nicht. Ihnen, geschätzte Einwohnerräte, liebe Mitglieder der GPFK, wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und mögen Sie mit Weisheit und Fairness weiter regieren. Adieu miteinander und vielen Dank. (Applaus)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Daniel Hug. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein, dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Mit 16 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, wird

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat lehnt die Erheblicherklärung der Motion der FDP betreffend Gesundung des Finanzhaushaltes der Stadt Lenzburg vom 28. September 2017 ab.

Gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 24. Juni 2004 unterliegt dieser Beschluss nicht dem fakultativen Referendum.

4 Ringstrasse West; Sanierung Abschnitt General Herzog-Strasse bis Zeughausstrasse; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Kommissionspräsident Tobias Ammann (FDP): Die aktuelle Vorlage dokumentiert uns einmal mehr sehr gut über das Projekt. Nach über 40 Jahren muss der Belag ersetzt und die Bushaltestelle den heutigen Anforderungen angepasst werden. Innerhalb der GPFK haben aber im Zusammenhang mit der vorangehenden angespannten Diskussion betreffend Finanzsituation ermahnende Worte Einzug gehalten. Man solle und könne bezüglich Infrastrukturbauten auch etwas grössere Zurückhaltung üben. Die GPFK begrüsst diese Vorlage trotzdem. Richtig ist auch, dass die Arbeiten mit den

SWL koordiniert werden und ein lärmindernder Belag eingebaut wird. Ebenfalls positiv aufgenommen wurde die teilweise Entschärfung der Zu- und Wegfahrt zum Zeughausareal, die durch die Verbreiterung des Trottoirs und mit der Verschiebung des Zauns erreicht werden kann. Auf eine entsprechende Rückfrage wurden wir darüber informiert, dass sich an der Ringstrasse West keine Tempo-30-Zone aufdrängt, weil die Schulwegsicherheit durch die Signalanlage und den Lotsendienst deutlich verbessert wurde.

In der GPFK wurden zusätzlich noch zwei Gedanken im Zusammenhang mit einer möglichen Überbauung des Zeughausareals eingeworfen. Der eine war, dass vielleicht die Bushaltestelle an einem falschen Ort realisiert werden könnte. Der zweite Gedanke war, dass die Erschliessung des Zeughausareals - falls einmal gebaut werden sollte - nicht mehr über die Ringstrasse West erfolgen sollte. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 8 Stimmen und einer Enthaltung, dem Verpflichtungskredit zur Sanierung der Ringstrasse West, Abschnitt General Herzog-Strasse bis Zeughausareal, zuzustimmen.

Adrian Höhn (GLP): Wir haben hier das erste Geschäft einer Serie von Geschäften zur Sanierung der Ringstrasse West (und später auch der Ringstrasse Nord) vor uns. Die GLP stört ein wenig diese Salami-taktik-Sanierung. Zum einen führt sie zu dauernden Kleinbaustellen und zum anderen erhöht sie auch die Kosten, fallen doch beispielsweise für jede Etappe Submissionskosten an. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt nicht besser auf dieses etappenweise Vorgehen verzichten und mit dem eingesparten Geld Schulden abbauen sollte, um dann die Ringstrasse West in einem Schritt zu sanieren und sich allenfalls dafür neu zu verschulden. Rückstellungen, wie sie ein Unternehmen tätigen würde, sind ja leider seit HRM2 nicht mehr erlaubt.

Der GLP ist wichtig, dass bei all diesen Sanierungen der lärmindernde Belag eingebaut wird. Die Ringstrasse West wird in Zukunft in etwa gleich viel Verkehr aufweisen, wie die Aarauerstrasse - dies haben wir aus dem KGV gelernt. Dementsprechend wird auch die Lärmbelastung ansteigen. Bis 2035 rechnet man damit, dass 4'500 Fahrzeuge mehr auf dieser Strasse unterwegs sein werden. Strassenlärm hat negative Auswirkungen auf uns Menschen. Bei einem Dauerschallpegel von 60/65 dB (entspricht einer normal befahrenen Strasse) steigt beispielsweise das Herzinfarkt-Risiko um 20 % an. Die gesundheitlichen Folgekosten tragen wir alle wiederum über die Krankenkassenprämien. Der vorgeschlagene Belag ACMR8 (welcher übrigens heutzutage als SDA8 bezeichnet wird) entspricht aber nur einer Lärmreduzierung von 1 dB, und nicht von 5 dB, wie in der Vorlage erwähnt. Würde die Stadt Lenzburg auf ihrer meistbefahrenen kommunalen Strasse SDA4-Belag verbauen, würde die Lärmbelastung um 3 dB sinken, was einer Halbierung des Lärmpegels gleichkommen würde. Dieser Belag hat aber als negatives Merkmal eine verkürzte Lebensdauer von nur 10 bis 12 anstelle von 15 bis 20 Jahren. Er wird dafür aber als Ausgleich vom Bund mit Fr. 18.-/m² anstelle von Fr. 13.-/m² subventioniert.

Warum ist eine Lärmsanierung aus finanzieller Sicht wichtig für unsere Stadt? Betroffene dürfen nämlich nach jeder Sanierung oder Erweiterung einer Strasse eine Neubeurteilung der Lärmbelastung verlangen. Sind Massnahmen angezeigt, so hat der Eigentümer für die Kosten aufzukommen. Im Falle der kommunalen Ringstrasse West ist dies die Stadt Lenzburg. Bevor wir also reihenweise Fenster auf Gemeindekosten sanieren oder unsere Innenstadt mit Schallschutzwänden ausstatten, setzen wir besser beim Belag an. Dies hat unser Bauamt zum Glück erkannt. Wir schlagen jedoch vor, einen besseren Belag, SDA4, zu verwenden. Ich habe unsere Vorlage Herrn Hans-Peter Gloor, Sektionsleiter Lärmsanierung des Departements Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons, zur Beurteilung zukommen lassen. Er gilt als die Fachperson in der Deutschschweiz bezüglich lärmarmen Belägen. Er empfiehlt nicht nur den SDA4-Belag einzubauen, sondern diesen auch durchzuziehen. Ich zitiere ihn: *"Die Bushaltestellen empfehlen wir nicht in Beton zu realisieren, sondern den SDA8- oder SDA4-Belag durchgehend einzubauen. Wie es auch die Strategie auf den Kantonsstrassen ist. Der abrupte Störeffekt sollte vermieden werden."* Der Betonbelag, welcher bei den Bushaltestellen eingebaut wird, ist - nebenbei bemerkt - auch noch teurer.

Jeder Einzelne von uns kann jedoch auch etwas zur Lärmreduktion beitragen. Zum einen ist natürlich auf unnötige Fahrten zu verzichten und zum andern ist die Wahl der Reifen entscheidend. Reifen weisen bei gleichguten Haftungseigenschaften bei der gleichen Preisklasse Unterschiede von über 3 dB auf. (Wie wir es vorhin gelernt haben, entspricht dies einer Verdoppelung des Lärms.) Wären wir jetzt 3 dB leiser, hätten wir den Strassenlärm nochmals halbiert. Da wäre es in Zukunft bei einem Reifenwechseltermin angebracht, dass unser lokales Gewerbe die Kunden informiert, welcher Pneu auch wieviel Lärm verursacht.

Aus diesen Gründen stellen wir folgenden Änderungsantrag: "Die Deckschicht der Ringstrasse West ist, mit Ausnahme der Kreisel und den 25m Ein- und Ausfahrten, mit SDA4-Belag auszuführen."

Wieso soll beim Kreisel ein anderer Belag verwendet werden? Auch der Kanton empfiehlt dort auf den lärmarmen Belag zu verzichten, da bei Lastwagen in der Kurve die Belastung zu hoch ist. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir haben einen Änderungsantrag, den wir nun diskutieren.

Stadtrat Martin Steinmann: Wir haben die Unterlagen, welche Adrian Höhn erwähnt hat, erhalten, geprüft und auch intensiv auf den sozialen Medien mitdiskutiert. Es wäre kein Problem, den SDA4-Belag einzubauen. Ich werde nun kurz die beiden Beläge gegenüberstellen. Danach hat der Einwohnerrat zu entscheiden.

Der in der Vorlage vorgesehene SDA8-Belag ist ein lärmärmer und guter Belag. Der von Adrian Höhn vorgeschlagene SDA4-Belag ist der beste Belag, darüber muss man nicht diskutieren. Die Lärmreduktion beim SDA8-Belag beträgt 1 dB, diejenige beim SDA4-Belag 3 dB. Diese Werte sind nach Gebrauch. Wenn die Beläge neu sind, ist die Lärmreduktion noch höher. Die Subventionen des Bundes betragen beim SDA8-Belag Fr. 10'000.–, beim SDA4-Belag würde sich dieser Beitrag bei unserem Projekt auf Fr. 18'000.– erhöhen. Die Lebensdauer, die ist hier entscheidend, des SDA8-Belags beträgt 20 bis 22 Jahre, während beim SDA4-Belag nur mit 10 bis 12 Jahren gerechnet wird. Beim besseren und feineren Belag dürfte man keine Betonplatten einbauen, da diese in der gleichen Zeitspanne zweimal rausgerissen werden müsste, was nicht sinnvoll ist. Zudem dürfte der Lärm beim Übergang zur Betonplatten beim besseren Belag höher sein. Wir können beide Varianten realisieren. Nimmt man den SDA4-Belag, muss aber auf Betonplatten verzichtet werden. Leider reichte die Zeit nicht, um einen Kostenvergleich vorzunehmen. Wenn Sie den Änderungsantrag von Adrian Höhn annehmen, werden wir durch den Verzicht auf die Betonplatte und mehr Subventionen jedoch günstiger abrechnen können. Dies aber zulasten der Lebensdauer des Belags.

Beatrice Taubert (SP): Ich hätte noch eine Ergänzung betreffend Lebensdauer. Muss der SDA4-Belag nach der Hälfte der Zeit wieder erneuert werden, führt dies bei der angedachten etappenweisen Sanierung der Ringstrasse (mit SDA4-Belag) dazu, dass nach Abschluss der letzten Etappe bei der ersten Etappe bereits der Belag wieder erneuert werden muss.

Einwohnerratspräsidenten Marianne Tribaldos: Danke, Beatrice Taubert. Wird weiterhin das Wort zum Änderungsantrag gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Der von der GLP-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag "Die Deckschicht der Ringstrasse West ist, mit Ausnahme der Kreisel und den 25 m Ein- und Ausfahrten, mit SDA 4 Belag auszuführen" wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Der Antrag ist abgelehnt und wir führen die Diskussion nun fort. Das Wort hat Urs Willener.

Urs Willener (FDP): Die FDP-Fraktion hat das Strassenprojekt Ringstrasse West geprüft. In den ausführlichen Unterlagen sieht man, dass der Belag in einem schlechten Zustand ist. Zum Glück wurde die Kieskofferung vor 40 Jahren so gut dimensioniert, dass sie auch in Zukunft für die nächste Verkehrszunahme ausreicht. Dazumals wurde offenbar nicht gespart und weitsichtig geplant. Die Kanalisation muss auch nicht ersetzt werden und wird mit Robotertechnik repariert, wo dies notwendig ist. Dass die SWL im gleichen Zug ihre veralteten Werkleitungen erneuert, begrüsst die FDP. Wie aus der Vorlage zu entnehmen ist, wird ein Flüsterbelag erstellt, an dessen Kosten sich der Bund mit Fr. 10'000.– beteiligt. Mit der behindertengerechten Bushaltestelle und der Trottoirverbreiterung ist die FDP soweit einverstanden und erachtet sie als notwendig. Einzig die 22 cm dicke Betonplatte, welche ca. Fr. 15'000.– mehr kostet, wird teilweise als Luxusvariante betrachtet.

Wie wir im Plan sehen, werden auch ein Baum und zwei grössere Baumsträucher entfernt. Dafür könnte man doch als Realersatz den grossen Betonplatz des Quartiers im Lenz begrünen. Die FDP befürwortet die Sanierung der Ringstrasse West und empfiehlt die Annahme des Verpflichtungskredits.

Lukas Häusler (Grüne): Stadtammann Daniel Mosimann hat es bereits erwähnt. Man muss abwägen, zwischen Ruine und Schuldenberg. Wir von den Grünen versuchen bei den Strassen etwas zu sparen. Wenn man jetzt nach 40 Jahren noch ein Jahr mit der Sanierung zuwartet, kann bereits wieder ein Vierzigstel eingespart werden. Zudem zeigt die Kontroverse um den Flüster- und den Extraflüsterbelag, dass die Vorlage noch nicht ausgereift ist. Da die Mehrkosten nicht bekannt waren, konnte ich mich für keine der beiden Varianten entscheiden. Zudem müsste man wohl auch die Etappierung nochmals überdenken. Ich bin dafür, dass man die Vorlage überarbeitet und uns in einem Jahr nochmals vorlegt. Ich werde der Vorlage so nicht zustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Lukas Häuser. Wird weiterhin das Wort gewünscht. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zu Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 20. September 2017 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung und Verstärkung der Ringstrasse West, Abschnitt Zeughausstrasse bis General Herzog-Strasse, zu und bewilligt für die

Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 572'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 8. Januar 2018 ab.

5 Beschaffung einer elektronischen Geschäftsverwaltungslösung (GEVER) für die Stadtverwaltung; Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist Daniel Blaser (CVP): Die vorliegende Kreditabrechnung für die Geschäftsverwaltungslösung (GEVER) wurde von Remo Keller und mir geprüft. Weil die Aufwendungen nicht separat in ein Projekt, sondern in die laufende Rechnung gebucht wurden, haben wir nicht jede einzelne Buchung kontrolliert. Wir haben die Offerten mit dem Übernahmeprotokoll verglichen und die zusammengefasste Endabrechnung mit den Belegen der unvorhergesehenen Kosten detailliert geprüft. Es war alles in Ordnung und es gibt für uns nichts zu beanstanden.

Noch ein paar kurze Erläuterungen zum Projekt: Bereits im Jahr 2010 hat die Stadtverwaltung die Chancen und Risiken einer digitalen Geschäftsverwaltung abgeklärt und kurz danach einige Prozessabläufe in diese Richtung optimiert, so dass man jetzt mit der Implementierung der GEVER-Software eine rechtskonforme und sichere Aktenführung sicherstellen kann. Zusätzlich verspricht die zentrale Ablage eine verbesserte Steuerung des Geschäftsprozesses, des Controllings und des Reportings. Die Effizienzsteigerung war bereits bei der Bewilligung des Verpflichtungskredits 2015 ein Thema. Liest man in den Unterlagen nach, wie aufwendig die Geschäfte über verschiedene Abteilungen geführt wurden, ist es naheliegend, dass die Software eine markante Verbesserung mit sich bringen wird.

Im Laufe des Projekts sind unvorhergesehene Kosten im Betrag von Fr. 4'906.– entstanden. Zum einen wurden 2 Tablets für Stadträte angeschafft, welche das Zugreifen und Arbeiten ausserhalb der Verwaltung ermöglichen, und zum andern wurde entschieden, dass es mehr Sinn macht, die Mitarbeiterschulung in einem besser eingerichteten Schulungsraum bei der Firma Talus durchzuführen. In diesem Betrag sind der Transport, sowie die Verpflegungskosten enthalten. Die Projektkosten wurden mit erfreulichen 8,3 % unterschritten und auch die jährlich wiederkehrenden Kosten sind deutlich unter dem budgetierten Betrag. Die Unterschreitung ist darauf zurückzuführen, dass im Laufe des Projekts 3 Module als nicht oder als nur wenig effizienzsteigernd oder sinnvoll beurteilt wurden und man aus diesem Grund auf eine Implementierung verzich-

tet hat. Die Kreditabrechnung wäre aber auch mit diesen 3 Modulen nicht übersritten worden. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, diese Abrechnung zu genehmigen. Wir möchten an dieser Stelle unseren Dank an alle Beteiligten aussprechen, die während diesem Projekt viel Zeit neben dem normalen Tagesgeschäft investiert haben, um eine optimale Lösung zu erreichen. Die CVP-Fraktion wird dieser Kreditabrechnung auch einstimmig zustimmen. Besten Dank.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Daniel Blaser. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 25. Oktober 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Beschaffung und Einführung einer Geschäftsverwaltungslösung, schliessend mit Projektkosten von Fr. 57'615.80 und wiederkehrenden Kosten im 2016 von Fr. 21'890.20 und im 2017 von Fr. 25'548.55.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 8. Januar 2018 ab.

6 Umfrage

Räumliche Entwicklungsstrategie und Freiraum- und Landschaftsentwicklungskonzept

Beat Hiller (GLP): Ich hätte einen Wunsch: Wir haben uns vor einem Jahr intensiv mit den Themen Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) und dem Freiraum- und Landschaftsentwicklungskonzept (FLEK) befasst. Wir haben umfangreiche Antworten und Fragen formuliert und diese eingereicht. Was mich nun am Ganzen etwas stört, ist, dass wir bis zum heutigen Tag noch keine Antworten erhalten haben. Ich denke, es wäre nicht mehr als Anstand von Seiten Stadtrat, dass auf die Eingaben Antworten erteilt werden.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Beat Hiller. Wird weiterhin das Wort gewünscht?

Verkehrssicherheit

Stadtrat Martin Stücheli: Gerne komme ich auf die Anfrage von Daniel Blaser, die er uns an der letzten Einwohnerratssitzung unterbreitet hat, zurück. Ich habe diese bei der Regionalpolizei abklären lassen und werde nun den Bericht, den der zuständige Fachspezialist, Markus Basler, verfasst hat, vorlesen:

Die vorhandenen Lichtsignalanlagen in Lenzburg unterstehen bis zu einer Ausnahme an der Ringstrasse West alle dem Aarg. Baudepartement, Abteilung Verkehrstechnik. Die Ausgestaltung gemäss Strassenverkehrsgesetz ist bei allen Anlagen eingehalten. Bei den Lichtsignalanlagen auf den Kantonsstrassen in Lenzburg ist beim Rotlicht sowie bei grünem Licht immer ein Richtungspfeil erkenntlich. Somit gilt Halt oder freie Fahrt in diese Richtungen. Quert nun ein Fussgängerstreifen beim Abbiegen die Fahrbahn, so muss eine gelbe Blinklampe vor dieser Gefahr warnen (Signalisationsverordnung, Art. 68 Abs. 3). Bei der Lichtsignalanlage an der Ringstrasse West werden die Phasen durch ein volles Licht ohne Richtungspfeile angegeben. Bei dieser Ausgestaltung müssen abbiegende Fahrzeuge dem Gegenverkehr und den Fussgängern oder Benützern von fahrzeugähnlichen Geräten auf der Querstrasse den Vortritt lassen (Signalisationsverordnung, Art. 68 Abs. 2 sowie Verkehrsregelverordnung Art. 6 Abs. 2). Die Anwendung einer Lichtsignalanlage ohne Richtungspfeile an der Ringstrasse West ist korrekt gewählt. So müssen abbiegende Fahrzeuge den auf der Ringstrasse West geradeausfahrenden Fahrzeugen den Vortritt gewähren. Automatisch haben dabei die querenden Fussgänger auf der Zeughausstrasse den Vortritt. Lichtsignalanlagen mit Richtungspfeilen benötigen in der Regel mehr Platz, weil bei dieser Ausgestaltung meist auch Einspurstrecken markiert werden. Dafür lässt sich der Fahrzeugverkehr über Bodenschlaufen genauer lenken.

Dies ist die Antwort, welche ich von Markus Basler, Regionalpolizei, erhalten habe. Wir haben das Thema jedoch auch mit Stefan Roth, der den Schülern Verkehrsunterricht erteilt, angeschaut. Er hat mitgeteilt, dass er schon seit längerer Zeit beim Verkehrsunterricht darauf hinweist, dass bei den Lichtsignalanlagen geschaut werden muss, ob es einen grünen Pfeil hat oder eben nur ein rundes Licht leuchtet, da dies verschiedene Ausgangslagen sind. Stefan Roth berücksichtigt dies speziell bei der Verkehrsinstruktion. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Martin Stücheli. Gibt es weitere Wortmeldungen? Falls ja, darf ich Sie bitten, sich kurz zu fassen, ansonsten zahlen wir für einen Aperitif, den wir kaum einnehmen können und schliesslich muss ich auch noch verabschiedet werden. Dies können wir schlecht auf die nächste Sitzung vertagen. (Heiterkeit)

Verabschiedung der Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos

Brigitte Vogel (SVP): Liebe Marianne, du hast mir jetzt unweigerlich zu verstehen gegeben, dass es ein wenig "zackig" vorwärtsgehen soll. Nichts desto trotz wollen wir natürlich deine Arbeit würdigen. Deine Präsidentschaftszeit von zwei Jahren ist mit dem heutigen Abend auch schon vorbei, und du kannst mit der nötigen Gelassenheit die letzten Schweissperlen von der Stirne tupfen. Dafür gibt es dann ein passendes Tüchlein für dich.

Während den letzten zwei Jahre durfte ich aufmerksam über deine Ellenbogen schauen und konnte wie ein Lernender viel lernen. Für mich haben sich die Stressphasen in Grenzen gehalten, weil du als höchste Lenzburgerin - wie sich dies auch gehört - alle Sitzungen geführt hast. Ich musste keinen Ernstfalleinsatz leisten, höchstens zwei- bis dreimal bei einer Einladung warm essen gehen; sicher die angenehme Seite des Vizepräsidiums. Auf alle Sitzungen zurückzuschauen wäre etwas viel und für die Geschichtslektionen warst auch du zuständig. Immer am Sitzungsanfang, so auch heute, hast du uns aus der näheren oder weiteren Vergangenheit verschiedene Ereignisse wieder in Erinnerung holen lassen. Bei einigen Ereignissen haben wir - insbesondere ich - gar nicht gewusst, dass diese auf unserer Erde überhaupt stattgefunden haben. Wir verzichten jetzt auf das Abfragen der Ratsmitglieder, denn wir als Lehrer wissen bekanntlich sehr gut, wie das so ungefähr mit dem Zuhören läuft.

In deiner Antrittsrede hast du drei Vorurteile der Politik in der Schweiz erwähnt und in den letzten beiden Jahren sicher bestens widerlegen können:

1. Frausein: Da kann ich doch ein wenig mitreden und es wird schon fast zur Gewohnheit, dass der Lenzburger Einwohnerrat von einem weiblichen Präsidium geleitet wird. Vielleicht braucht es doch wieder einmal eine Quote für die Herren.
2. Ältere Personen: Hier sind wir auch auf dem Weg dazu und schon fast etwas neidisch, dass du - im Gegensatz zu einem grossen Teil von uns allen - das spannende Programm der Pro Senectute bereits in Anspruch nehmen darfst.
3. Kein Schweizerdeutsch reden können: Da waren dir die Personen, welche das Protokoll verfassen mussten, sicherlich auch sehr dankbar.

Mit dir sind wir zu neuen Ufern aufgebrochen und haben hier in der Schulanlage Lenzhard ein neues Zuhause gefunden. Wir haben es auf Anhieb gefunden, im Gegensatz zur Bevölkerung, welche sich nur spärlich zu unseren Sitzungen einfindet. Du hast alle Sitzungen im Rat mit viel Umsicht geführt, was nicht immer so einfach ist, wenn Ratsmitglieder das Reissen nach Veränderungen spüren und nicht immer am gleichen Platz sitzen. Der Plan mit den Namen stimmt dann nicht mehr. Zwischendurch habe auch ich mal auf den Sitzplan geschaut, weil es tatsächlich nicht immer so einfach ist mit diesen Namen. Du hast alle Sitzungen im Rat auch mit viel Menschlichkeit und Herzlichkeit geprägt und so

haben dir alle grosszügig verziehen, dass nicht jeder Name wie aus der Pistole geschossen kam. Mit deinen Präsenten auf den Tischen waren sowieso alle hin und weg. Es war immer spannend, was du für feine Sachen aus der Küche uns an die Sitzungen mitgebracht hast. Damit hast du sicher den einen oder anderen knurrenden Magen zum Schweigen gebracht.

Laute Töne mussten wir von dir nicht hören und so bist du auch auf ganz leisen Sohlen irgendwo in der Wärme in Panama (an einem kalten Winterabend in Lenzburg) zur Vizepräsidentin gewählt worden. Dies aber nicht minder gut. Du hast auch als Präsidentin bei komplizierten Abstimmungen mit Anträgen, Gegenanträgen und Rückweisungsanträgen die Ruhe bewahrt. Wenn es auch einmal ein Durcheinander beim Auszählen von Abstimmungsergebnissen gab, bis du cool geblieben und hast allenfalls noch mit deinem Schalk in deinen Augen eine humorvolle Bemerkung angebracht. Bezüglich Humor: Legendär war natürlich deine Ode an die Verkehrsampel an der Zeughausstrasse. Ich zitiere aus der Aargauer Zeitung:

«Ich könnte es kurz machen, aber das ganze stimmt mich schon nachdenklich», sagte die Vizepräsidentin des Einwohnerrates, und lobte die jahrzehntelange tadellose Arbeit der Ampel in höchsten Tönen. «Wie treu hat diese Ampelanlage Lenzburg gedient! Und das viel länger, als es von ihr zu erwarten war!»

Viele Kinder und Erwachsene seien dank ihr heil und gesund über die Strasse gekommen. «Sie verdanken der Ampel also gewissermassen ihr Leben», so Tribaldos, und fuhr fort: «Das Leben ist aber undankbar.» Die Ampel sei alt geworden und schaffe ihre Arbeit nicht mehr. «Könnte man nicht wenigstens eine Gedenktafel aufstellen, um diese fleissige und treue Lenzburgerin zu ehren, wie sie es verdient hat», fragte Tribaldos in den Saal, wo sich die Einwohnerräte köstlich über diese Worte amüsierten – bis Marianne Tribaldos kurz und brutal auf den Punkt kam: «Jetzt gebe ich Ihnen die Kurzfassung davon: Die Alte muss weg.»

Verabschieden werden wir dich nur aus dem Präsidium, aber nicht aus dem Rat. Als dienstältestes Ratsmitglied neben Michael Häusermann zeigst du weiterhin Durchhaltewillen und bleibst dem Einwohnerrat und deiner Partei treu. Nach so vielen Jahren ist dies nicht selbstverständlich. Hier könnten sich noch viele eine Scheibe davon abschneiden. Jetzt darfst du dich wieder ein wenig zurücklehnen und mit deiner grossen Erfahrung weiterhin im Einwohnerrat mitarbeiten, mitdenken und mitentscheiden. Damit du weiterhin in jeder Situation im Leben die nötige Ruhe bewahren kannst, habe ich dir ein spezielles Wasserchen aus der Natur mitgebracht. Liebe Marianne, du hast gut für Lenzburg geschaut. Nach den Sitzungen im Einwohnerrat, bei welchen du den Vorsitz hattest, kommen nun sicher etwas ruhigere Zeiten auf dich zu. Wir danken dir ganz herzlich für die grosse Arbeit, die du für uns im Einwohnerrat, aber auch für alle Einwohner geleistet hast. Ich bin mir jetzt ganz sicher, dass du uns mit deiner Fraktion einen unvergesslichen Schlussabend organisiert hast mit einem feinen Aperitif. Wir freuen uns alle darauf. Danke vielmal. (Applaus)

Vizepräsidentin Brigitte Vogel überreicht Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos die traditionellen Geschenke.

Schlussansprache

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Vielen Dank Brigitte, vielen Dank euch allen. Nun muss ich auch noch etwas sagen. Dies tue ich zwar den ganzen Abend dann noch, aber jetzt wird dies erwartet, und es kommt auch so in das Protokoll.

Es war am Anfang sehr aufregend, Einwohnerratspräsidentin und höchste Lenzburgerin zu sein. Denn natürlich war mir nicht so klar, was da alles auf mich zukommen und ob ich das bewältigen würde. Denn wie jeder andere auch, habe ich bestimmte Schwächen, die die Ausübung des Amtes erschweren. Ich kann mir z. B. keine Namen merken und Gesichter auch nicht, von plötzlichen Blackouts ganz zu schweigen. Aber das habe ich gleich am Anfang gesagt und mich dafür entschuldigt. Ich bekam viele Rückmeldungen von erleichterten Kollegen, die mir zusicherten, dass sie dasselbe Problem haben. Das ist sowieso eine Lebenserfahrung von mir, die ich Ihnen hier gleich ganz umsonst mitgebe. Fehler und Schwächen kann man offen zugeben, denn erstens haben andere oft dieselben Probleme und sind ganz erleichtert, wenn dieses Unvermögen offenbar etwas ganz Natürliches ist. Zweitens ist eine Atmosphäre viel angenehmer, in welcher "shit happens" akzeptiert wird.

Später konnten die Sitzungsvorbereitungen praktisch aus dem Ärmel geschüttelt werden, oder soll ich sagen, aus dem Computer geschüttelt? Die Formelhaftigkeit meiner Aufgabe als Leiterin der Einwohnerratssitzungen war mir vorher nicht so klar. Natürlich hat es mich etwas gestört, dass ich nun neutral sein musste, denn es hat mir immer gefallen, nach vorn zu gehen und meine Meinung zu sagen. Aber das kann ich ja dann in Zukunft wieder tun.

Oft bin ich von Ortsfremden gefragt worden, ob es nicht schwierig sei, die Wogen zu glätten. Aber das musste ich gar nicht. Die Wogen waren fast nie höher als bei einem See an einem schönen Sommertag. Ich musste nie aus Ordnungsgründen mit meiner Glocke klingeln. Wir bleiben in Lenzburg auch bei Meinungsverschiedenheiten fair und höflich miteinander. Wie ist das zu erklären? In anderen Gemeinden ist es nicht unbedingt so. Vielleicht ist es die besondere Liebe zu Lenzburg, die uns alle motiviert.

Damit komme ich zu einer weiteren Frage, die sich im Laufe der zwei Jahre für mich geklärt hat. Wofür braucht Lenzburg eigentlich eine höchste Lenzburgerin? Dass jemand die Einwohnerratssitzungen leiten muss, ist klar. Aber was hat Lenzburg davon, jemanden zu Veranstaltungen einzuladen, dieser Person ein Glas in die Hand zu drücken oder sie gar durchzufüttern? Damit diese Person keine andere Aufgabe hat, als freundlich in die Runde zu blicken? Und dann die höchste Lenzburgerin, es gibt keine hohe oder höhere Lenzburgerin, nur eine höchste. Ist das etwas Royales? Ist das demokratisch? Natürlich ja, weil gewählt. Aber die Vorstellung dahinter – ist die nicht eigentlich ein Widerspruch zu basisdemokratischen Vorstellungen von Gleichheit?

Ich habe lange darüber nachgedacht und auch mit anderen darüber gesprochen und bin zu folgenden Ergebnissen gekommen: Ein Protokoll, welches die

Rangordnung regelt, gibt es natürlich überall. Eine Stadt braucht eine Repräsentation, wenn sie Gäste empfängt, wenn Veranstaltungen stattfinden. Etwas zu sagen, war aber immer Aufgabe des Stadtrats. Ich musste nur einen guten Eindruck machen. Die Einwohnerratspräsidentin ist also eine Stellvertretung für das Gemeinwesen. Die Legislative repräsentiert den Souverän noch stärker als die Exekutive. Tatsächlich ist es wichtig, dass die Vertretung der Legislative teilnimmt an dem, was in der Stadt passiert, denn das stärkt den Zusammenhalt in der Stadt. Gerade der Wechsel alle zwei Jahre macht diese Aufgabe zu einer echten Vertretung. Denn es geht eben nicht um die Person, sondern um das Amt. Es war eine wichtige Erkenntnis und es hat mir viel bedeutet, dass die Wahl für dieses Amt auf mich gefallen ist. Bei all der rastlosen Tätigkeit lernte ich viel über Lenzburg und spürte immer wieder, wie durch ein unsichtbares Netz Lenzburg durch den freiwilligen Einsatz seiner Bürgerinnen und Bürger zusammengehalten wird.

Landesfremde fragen sich bei der Erwähnung dieser Tatsache, warum machen die das, sie bekommen doch gar nichts dafür? Ja, warum? Das war mir früher auch nicht so klar. Nach diesen zwei Jahren weiss ich aber, dass man eben doch sehr viel dafür bekommt. Man trifft Menschen, die man kennt und gerne wiedersieht. Man lernt auch neue Leute kennen. Die alle haben eins gemeinsam, nämlich Lenzburg bedeutet ihnen etwas. Auch persönlich gewinnt man viel: Selbstsicherheit, Organisationsvermögen, öffentliches Sprechen, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten; das alles wächst. Ganz allgemein kann ich sagen, dass ein inneres Wachstum stattfindet und zwar durch das Vertrauen, welches einem mit diesem Amt entgegengebracht wird. Es ist auch sehr viel wert, in einer Stadt zu leben, in der man sich sicher und aufgehoben fühlt. All die Aktivitäten, Vereinstätigkeiten, Jugendfest, Arbeit in politischen Parteien, politische und unpolitische Anlässe, tragen dazu bei, dass dieses Gefühl entsteht und bleibt. Und so danke ich euch allen, denen, die mich gewählt haben und denen, die mir bei der Arbeit geholfen haben, dass ich diese Erfahrungen machen durfte und so helfen konnte, dass ein Stück lebendiges Gemeinwesen aufrecht erhalten wurde und weiterlebt.

Aber natürlich durfte ich mich auch persönlich einbringen, mit meiner ganz persönlichen Art, die Dinge zu bewältigen und auch mit meinen Marotten, z. B. meiner Vorliebe für alles Historische. Tatsächlich bin ich der Meinung, dass es das Leben erleichtert, wenn man die Geschehnisse in einen historischen Zusammenhang stellen kann. Das relativiert etwas den Ärger, den das Leben so mit sich bringt, denn es könnte ja auch alles viel schlimmer sein. Nun, in den letzten zwei Jahren ist in Lenzburg nichts Schlimmes passiert, dafür sehr viel Erfreuliches, und ich hoffe, das bleibt auch in Zukunft so. Ich gebe das Amt gerne an Brigitte Vogel weiter. Sie wird dafür sorgen, dass der Anteil der Legislative am Wohlergehen Lenzburgs und seiner Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Wir sehen uns ja gleich wieder, und da werden Sie mich noch ein paarmal reden hören müssen. Deshalb schliesse ich jetzt die Sitzung, aber nicht ohne die Ermahnung, sich jetzt zügig und ohne weiteres Umziehen in den Alten

Gemeindesaal zu bewegen, denn sonst bringen Sie mein ganzes Programm durcheinander.

Die Sitzung ist geschlossen. [Applaus]

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Wohnerräte:

15. März 2018

Zustellung an die übrigen Empfänger:

2016-556